

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller (einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Sonntag, 14. Febr. 1937

Nr. 39

Demonstrationen in Wien Erinnerung an die Feberkämpfe

Wien. (Eigenbericht.) Anlässlich des dritten Jahrestages der Feberkämpfe haben die revolutionären Sozialisten in Oesterreich eine rege Tätigkeit entfaltet. Die Aktion begann schon am 31. Jänner. An diesem Tage wurde sie im Wiener Wald durchgeführt, der an Sonntagen von hunderttausenden Wanderern und Skifahrern besucht wird. Sehn Kolonnen der NS zu je zehn Mann streuten auf den Hauptwegen des Wiener Waldes und auf den Skiplätzen Flugzettel, die das Parteiabzeichen der Drei Pfeile und den Text trugen: „Zum 12. Febr. nar. Wir vergessen nicht! Wir sind da!“ Am Abend des 11. Feber wurde die Aktion in den Straßen Wiens durchgeführt. Millionen kleiner Flugzettel wurden in allen Teilen der Stadt gestreut. In Meidling allein sind vierhunderttausend Flugzettel verbreitet worden. Im Augenblick, in dem die Propagandaabteilungen der NS in Meidling mit der Aktion begannen, wurde auf der Hauptstraße des Bezirkes eine hohe Flamme entzündet, die den Straßenbahnverkehr unterbrach und weithin sichtbar war. Die Gemeinde Wien mußte Sand zum Löschen der Propagandaabteilung anführen lassen. Mehrere Demonstrationen fanden in allen Wiener Bezirken statt. Dank der mutigen Arbeit der revolutionären Sozialisten stand Wien am 12. Feber im Zeichen der Parole: „Wir vergessen nicht! Wir sind da!“ Obwohl viele Hunderte von Genossen an den Aktionen beteiligt waren, konnte die Polizei nur zehn Verhaftungen vornehmen.

Delbos konstatiert absolute Uebereinstimmung mit England

Paris. Der Ministerrat, welcher Samstag kurz vor Mittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammentrat, nahm eine Darlegung des Außenministers Jvon Delbos über die außenpolitischen Aktualitäten entgegen, hauptsächlich über die spanischen Angelegenheiten sowie die donnerstägige Unterredung Lord Halifax mit dem deutschen Botschafter in London von Ribbentrop. Der französische Außenminister betonte auf neue die absolute Uebereinstimmung der Ansichten zwischen der Regierung Großbritanniens und Frankreichs.

Bevorstehende Ausbürgerung aller deutschen Emigranten

Genf. Anlässlich der Veröffentlichung der letzten Liste deutscher Staatsangehöriger, denen die Staatsbürgerschaft entzogen worden ist, erklärte Dimmler, der oberste Leiter der deutschen Polizei, daß im Jahre 1937 sämtliche deutschen Emigranten die Staatsbürgerschaft entzogen werden wird. Im Jahre 1937 werden die Wahlangewohnheiten einer neuen Ordnung unterworfen. Jeder Deutsche, sowohl in Deutschland wie im Ausland, erhält ein besonderes Zeugnis. Durch dieses Schriftstück wird festgelegt, ob der betreffende Deutsche deutscher Staatsbürger ist oder nicht. Die neuen Pässe, die 1937 ausgearbeitet werden, haben eine Gültigkeit lediglich für die Dauer eines Jahres; die alten Pässe verlieren ihre Gültigkeit. Emigranten können auf keinen Fall einen Heimatschein erhalten, durch den die Regierung die deutsche Staatsbürgerschaft anerkennt.

Reichskirchenausschuß demitmissioniert

Berlin. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten hat den am Freitag erfolgten Rücktritt des Reichskirchenausschusses angenommen. Ein Verordnungsentwurf zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse wird am Montag im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Zwölf deutsche Bomber für Bulgarien

Wien. Samstag mittags landeten auf dem Flugplatz von Wipern zwölf schwere Bombardierflugzeuge, welche die reichsdeutsche Firma Dornier für Bulgarien über Auftrag der bulgarischen Regierung erkaufte hatte. Die Maschinen, die eine deutsche Fabrikation besaßen, starteten nach kurzer Unterbrechung zum Weiterflug nach Sofia.

Rekrutenkontingent unbeschränkt

Bisherige Höchstgrenze
von 75.000 Mann wird aufgehoben

Prag. Anlässlich wird gemeldet, daß die Regierung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, durch welchen die Bestimmungen der Wehrdienstnovelle vom 11. Mai 1932 im 2. Teil, der das Rekrutenkontingent betrifft, neuerlich abgeändert werden sollen.

Durch das Gesetz 53 vom Jahre 1927 war festgesetzt worden, daß zur Sicherstellung des erforderlichen Friedensstandes des Heeres von den in einem Kalenderjahr assentierten Wehrpflichtigen unter angemessener Bedachtnahme auf die wirtschaflichen Abgänge und Zuwächse in den ersten Monaten nach Eintritt des Präsenzdienstes 70.000 Wehrpflichtige zur Leistung des gesetzlichen Präsenzdienstes zu widmen sind.

Dieses Rekrutenkontingent war durch das gestrige Gesetz 66/1932 dahin abgeändert worden, daß es vom Minister für nationale Verteidigung mit Zustimmung der Regierung nach Bedarf erhöht werden kann. Der Absatz 2 lautet jedoch

fest, daß diese Erhöhung die Zahl von 5000 Wehrpflichtigen nicht überschreiten darf

Diese Einschränkung der Erhöhung um maximal 5000 auf insgesamt 75.000 Mann jährlich wird nun fallen gelassen. In der Begründung des Regierungsantrages heißt es, es sei notwendig, daß die Zahl der Wehrpflichtigen durch die Regierung an Hand der wirklichen Bedürfnisse festgesetzt werden könne.

Da immer zwei Jahrgänge präsent dienen, betrug der Friedensstand der tschechoslowakischen Armee seit 1932 maximal 150.000 Mann. Nun wird es überhaupt keine obere Grenze für die Friedensstärke geben außer jener, die durch die Zahl der tauglichen Rekruten der betreffenden Jahrgänge von selbst gegeben ist.

Diese Novelle soll schon der nächsten Parlamentssitzung am 18. Feber vorgelegt werden.

Die Straße nach Valencia wieder gesäubert

Erfolgreicher Gegenangriff

Valencia. (Habra.) An der Front von Guadarrama, Somosierra, Aranjuez, Escorial und Madrid kam es zu keinen Veränderungen. Im Abschnitt bei Arganda wurden die Versuche der Aufständischen, einen Angriff durchzuführen, vollkommen vereitelt.

Dieser Angriff wurde bereits Freitag von starken Infanterie- und Kavallerieeinheiten unter Mitwirkung von Artillerie und der Flugwaffe zweifellos aus dem Grunde eröffnet, damit die Aufständischen die Brücke in Arganda besetzen und so die Verbindung zwischen Madrid und Valencia unterbrechen können. Regierungsabteilungen unternahmen einen Gegenangriff, vertreiben den Feind und bereiteten ihm schwere Verluste, vor allem der aufständischen Kavallerie.

Ueber diesen Gegenangriff meldet die Agence Havas:

Freitag nachmittags unternahmen Regierungstruppen bei San Martin de la Vega, einem Dorf am rechten Ufer des Jarama-Flusses, einen Gegenangriff. Während des Vorrückens kam der Feind, der das Dorf zu umzingeln suchte, bis hart an die Ortschaft heran, wurde dann aber verdrängt. Der Zweck des Angriffes der Regierungstruppen war die Eroberung der Rio Jarama beherrschenden Höhenzüge und der Kommunikation, die durch diesen Raum aus Madrid nach Valencia gehen. Nach mehrstündigem Kampfe gelang es den Regierungstruppen, trotz dem wütenden Feuer der Franco-Truppen, die Höhen zu erreichen. Die erwähnte Kommunikation steht zwar ständig unter Geschützfeuer, kann jedoch von den feindlichen Maschinengewehren nicht mehr bestrichen werden. Im Laufe dieser Operationen erlitten beide Parteien erhebliche Verluste, hauptsächlich deshalb, weil in dem Kampfe motorisierte Einheiten verwendet wurden. Der Krieg in Spanien wird immer mehr eine Frage der Technik und des besseren Materials der Ausrüstung.

Die letzten Meldungen besagen:
Die Kämpfe, die Freitag im Frontabschnitt bei Arganda in der Nähe des Zusammenflusses

Sieben Franco-Flieger über Madrid abgeschossen

Einem Berichte des Marineministeriums zufolge, wurden am Samstag in den frühen Morgenstunden zahlreiche Erkundungsflüge über den feindlichen Positionen vor Madrid durchgeführt. Um 11 Uhr wurde Alarm gegeben, worauf zwölf Jagdflugzeuge der Regierungstruppen aufstiegen, die auf zwei dreimotorige und 15 Jagdflugzeuge der Aufständischen stiegen. Trotz der numerischen

der Mäße Jarama und Manzanares begannen, wurden auch Samstag fast den ganzen Tag hindurch fortgesetzt. An einigen Stellen griffen die Republikaner an, an anderen beschränkten sie sich darauf, die Angriffe der Aufständischen zurückzuschlagen. Die republikanischen militärischen Kreise erklärten nachmittags, daß sie mit dem Fortgang der Operationen zufrieden seien.

Die Straße frei

London. (Reuter.) Der Reuter-Berichterstatter in Madrid telephoniert, er sei auf der von Madrid nach Valencia führenden Straße bis nach Arganda gefahren und habe festgestellt, daß die Straße überall vollkommen frei ist, obwohl die Aufständischen sie beschießen können.

An der Guadalajara-Front unternahmen die Aufständischen einen Angriff im Abschnitt Abadanes, stießen jedoch dort auf den energischen Widerstand der Regierungstruppen, wobei sie zurückgeschlagen wurden und 250 Mann verloren.

In Barcelona wurde in dem dritten Stockwerk eines Wohnhauses ein sehr starker Sender entdeckt, der, wie es scheint, mit den Aufständischen in Verbindung stand. Die Polizei verhaftete die Inhaber der Wohnung, in der der Sender aufgefunden wurde.

Malaga via facti Italienisch

Valencia. (Habra.) Einer der letzten Nachrichten aus Malaga, welcher in Amerika eingetroffen ist, bestätigt die Teilnahme der Italiener an dem Angriff auf die Hauptstadt Andalusiens. Die italienischen Abteilungen verbergen nicht mehr ihre Rationalität. Seit 48 Stunden herrscht bereits in Malaga das italienische Element vor.

Ueberlegenheit der Aufständischen wichen letztere einem Kampf aus und ergriffen die Flucht, wobei sie von den vereinigten Regierungsluftstreikräften verfolgt wurden. Es wurden sieben Flugzeuge der Aufständischen abgeschossen. Auf Seiten der Regierungstruppen wurden keine Verluste festgestellt und alle Maschinen kehrten ohne Unfall in ihre Basis zurück.

Malagas Fall — strategisch gesehen

Der militärische Mitarbeiter der Pariser Tribune, Oberstleutnant Dumont, schreibt über dieses, heute allgemein interessierende Thema folgendes:

Seit Monaten war die strategische Lage der großen Hafenstadt Malaga kritisch, und die Republikaner scheuten auch offen vor dem Wort „unhaltbar“ nicht zurück. Doch war der „General-Sprecher“ (wegen seiner Radio-Schwägereien so genannt) Queipo de Llano sowohl taktisch wie auch technisch absolut unfähig, eine Offensive gegen die Stadt zu unternehmen. Schon vor Wochen soll der Kommandant der Internationalen Brigade, General Lleber, der Regierung vorgeschlagen haben, es wäre zwecklos, Malaga zu verteidigen; bei der gegenwärtigen Frontlage würde die Stadt, im Falle eines auch nur einigermaßen richtig angelegten Angriffs, einfach „aufgerollt“ werden.

Der technische Einsatz Queipo de Llanos

Dies geschah auch, aber erst dann, als durch Einschub von 16.000 neu angeschafften Italienern und Belieferung der Aufständischen mit zahlreicher schwerer Artillerie und neuen deutschen Tanks, dann durch faktische Oberleitung fremder Marine-Offiziere, ein konzertierter Angriff zu Lande, Luft und Wasser gegen Malaga erfolgte. Bei diesem Einschub ist es den Republikanern sehr hoch anzurechnen, daß sie sowohl technisch wie moralisch in der Lage waren, drei Tage lang, am ersten Tage mit Erfolg sogar, die Offensive abzuwehren. Hätte es sich um eine „normale“ Truppe gehandelt, d. h. wären keine moralisch-politischen Momente im Spiele gewesen, so wäre die Order zum Rückzug der Regierungstruppen gleich am ersten Tage der großen Schlacht erfolgt.

Sechs Kolonnen setzten sich allein auf dem Lande gegen die Stadt in Bewegung, vom Südwesten bis nach Nordosten, aus Marbella, Ronda, Alora, Antequera, Colmenar und Alhama ausgehend. Als die erste Kolonne Puengirola einnahm und die letzte Veleg-Malaga — beides Positionen am Meeresufer, südwestlich und nordöstlich von Malaga — wurde die Umgebung vollständig. Da die aufständischen Schlachtkreuzer von jeder der See beherrschten — wobei, sehr glaubwürdigen Mitteilungen zufolge (aus englischen Quellen!) einige fremde Schiffe „ausgeliehen“ wurden, so daß nunmehr an den spanischen Küsten mehrere „Canaris“ und auch andere Schiffe kreuzten — war es wirklich keine kriegerische Kunststück, Malaga zu erobern. Das wissen die Aufständischen nur zu genau, und deshalb ist ihnen auch in der Hitze des Febergekochts folgende halbamtliche Feststellung entfallen: „Als unsere Truppen in die Stadt einmarchierten, verhafteten einige Verrückte, Widerstand zu leisten.“ „Verrückt“ — vom kriegstechnischen Standpunkt aus beurteilt — könnte man auch wirklich die dreitägige Verteidigung nennen, die ja von vornherein aussichtslos war und aus demselben moralischen Gründen überhaupt stattgefunden hat und zu rechtfertigen ist.

Gegenoffensive auf Cordoba?

Dadurch soll keineswegs gesagt werden, daß Franco durch Malagas Eroberung seine Position nicht erheblich konsolidiert hat. Es ist nicht der Zweck dieser Untersuchung, die grausam-höhnische Komödie der sogenannten „Nichtintervention“ diplomatisch, allgemein-politisch oder nach irgendwelchen moralischen Prinzipien zu beurteilen. Politisch hat Franco durch Malagas Eroberung viel gewonnen. Ob er die Küste entlang aufwärts marschieren wird, ist sehr fraglich, um so mehr, da ein wirklich strategisch großangelegter Gegenangriff auf Cordoba die Möglichkeit gäbe, Malaga automatisch wieder zu erobern, bzw. die jetzigen Sieger zu einem Rückzug — ohne einen einzigen Schuß — zu zwingen. Ob die Gegenoffensive gelingt, hängt vor allem von den zur Verfügung stehenden Kräften ab.

Falsch dagegen ist, zu behaupten, daß erst durch Malagas Fall die Verbindung der Franco-Truppen mit Marokko sichergestellt und der große Hafen „eine Festung im Mittelmeer“ der Aufständischen bedeutet. Wenn morgen z. B. England der Schweiz seine Schiffe „leiht“, kann sich sogar der Werner Bund ebenso an einer z-belt-

bigen Stelle „schließen“. Da ja, mit fremder Hilfe, die Aufständischen seit Monaten das Meer beherrschten — sonst wäre das Gros ihrer Truppen feinerzeit gar nicht nach Europa gekommen — kann von irgend einem maritimen Einfluß der Schlacht um Malaga nicht die geringste Rede sein.

Die Kämpfe um Madrid

Die Offensive auf Malaga steht übrigens nicht vereinzelt da. Gleichzeitig begann ein ebenfalls konzentrischer Angriff auf Madrid, wobei durch General Franco zum erstenmal der Versuch unternommen wird, die Hauptstadt völlig abzuschneiden. Daraus wäre zu schließen, daß die Kräfte der Aufständischen durch frischen Zufluß nicht nur an technischen Hilfsmitteln, sondern auch an neuen Regimentern so zahlreich geworden sind, daß eine mehr oder weniger regelrechte Belagerung überhaupt erst möglich geworden ist! Wie glauben daran nicht so recht, denn man ist mehr, daß es sich hier nur um einen Versuch handelt, wobei allerdings lokale Erfolge von der Hebermacht der Aufständischen zu verzeichnen sind. Sollen aber, wie es scheint, die Terraingewinne durch übergroße Verluste an Menschen mehr als kompensiert sein, so wird sich in den nächsten Wochen ein Rückschlag bei Madrid bemerkbar machen, der nicht nur mit dem Verlust der neuen Stellungen, sondern auch mit einem allgemeinen Zurückweichen der Franco-Truppen enden wird. Mit anderen Worten: es wird sich erst in den nächsten vierzehn Tagen entscheiden, ob die letzten Gefechte um Madrid keine Pyrrhussiege für Franco waren.

Strategie und Spekulation

Es wäre, nebenbei bemerkt, rasiert, wenn die Finanzleute aller Länder elementare wirtschaftliche Kurse besuchen würden. Dann hätte man es mit einer anderen Beurteilung der politischen und militärischen Lage seitens sogenannter „wirtschaftlicher Kreise“ — worunter sich nur zu oft kurzfristige und böswillige Spekulanten verbergen — zu tun.

Wenn z. B. die Peseta der spanischen Regierung um etwa 80 Centimes herum gehandelt und die „gestempelte“ Franco-Peseta (ohne jedwede Goldbedeckung und mit Inflation im Auslande gedruckter „spanischer“ Banknoten) um 50 Prozent höher (also etwa 1.20 Francs) bewertet wird, so liegt hier eine doppelte Spekulation vor (die zweite Spekulation beruht einfach darauf, daß man nicht gestempelte Scheine sehr leicht mit falschen Stempeln versehen kann und sie so mißglückt „aufwertet“); dann auch sind die kursgestaltenden Umsätze so gering, daß sie rein markttechnisch ohne Bedeutung sind; und endlich und hauptsächlich entspricht die Kursbewertung weder der wirtschaftlichen noch politischen, geschweige denn der militärischen Lage.

Wann kommt der Endspurt?

Abschließend muß bemerkt werden, daß die Blockierung der meisten Verbindungswege zwischen Madrid und Valencia — bis auf die eine Hauptstraße, die über Guadajajara, also auf Umwegen, die beiden Städte verbindet. — strategisch das wichtigste Moment der letzten Wochen darstellt.

Diese Umkreisung kann nur einen Zweck haben: Madrid von Munitions-, Ausüstungs- und Lebensmittelzufuhr vollständig abzuschneiden. Die kürzeste Hauptstraße zwischen den Provinzen der Levante und der Hauptstadt ist ja nicht vollkommen gesperrt, liegt nur im Feuerbereich

der Aufständischen. Nun, wenn es hart auf hart geht, kann man auch auf solchen Wegen laufend Transporte bewerkstelligen — sie werden nur „bebet“, das heißt, von Panzern und Truppen eskortiert.

An und für sich bleibt die Lage um Madrid das entscheidende Moment. Persönlich glauben

wir, daß binnen zwei Wochen die verlorenen Zielungen wiedergewonnen werden. „Der Krieg ist ein Ratsch“, sagte sehr richtig General Miaja, der in hohem Grade sportlich eingestellt ist, „einmal gewinnt der eine Partner, ein anderes Mal der andere“. Aber es ist noch immer weit bis zum Endspurt.

Zur politischen Lage

Terminierte Vorlagen in Verhandlung Provisorische Spiritus-Lösung? / Wer bremst die Exportförderung?

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Inanspruchnahme der Minister wurden familiäre Besuche bei ihnen für die kommende Woche abgesetzt. Die Woche ist für wichtige Beratungen reserviert und man rechnet damit, daß in diesen Tagen eine Entscheidung herbeigeführt werden wird. Vor allem sollen die bis Ende März und Ende April terminierten Vorlagen verlängert werden.

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Verhandlungen steht die Frage des Spiritus. In der letzten Woche vereinigt werden soll, obwohl die Differenzen zwischen den verschiedenen Lagern noch ziemlich groß sind. Nach unseren Informationen ist man in eingehenden Kreisen der Auffassung, daß mindestens 700 Baggons monatlich notwendig wären, um den Bedarf der Bevölkerung sicherzustellen. Die Regierung wird sich letzten Endes der Tatsache nicht verschließen können, daß es unbedingt notwendig ist, der Bevölkerung zu halbwegs ertäglichen Preisen jene Zeitmengen zur Verfügung zu stellen, die zur Lebenshaltung erforderlich sind, und das kann nur geschehen, wenn ein ausreichendes Kontingent festgesetzt wird.

Die politischen Verhandlungen konzentrieren sich weiterhin auf das von den deutschen Regierungsparcien feinerzeit überreichte Memorandum. Man kann gegenwärtig noch nicht sagen, wann die Verhandlungen über diesen Gegenstand in ihre entscheidende Phase eintreten werden. Wir haben schon kürzlich darauf hingewiesen, daß es töricht wäre, anzunehmen, daß die Verhandlungen über einen derartig wichtigen Gegenstand innerhalb kurzer Zeit beendet werden könnten. Die gründliche Behandlung einer derartig wichtigen Materie erfordert eben einige Zeit.

In der Frage der Spirituswirtschaft will man zunächst eine provisorische Lösung herbeiführen, weil man vielfach der Auffassung ist, daß die unmittelbare Einführung des Staatsmonopols nur möglich wäre, wenn gewisse Vorarbeiten getroffen wären, zu denen es jetzt noch an Zeit mangelt. Man will also aus diesen Gründen heraus sich für eine vorübergehende Zeit mit einer Lösung abfinden, die dahin geht, daß der den Spiritusbrennereien, bzw. der Spiritusgesellschaft zustehende Gewinn zugunsten der Staatskasse entsprechend geschnitten wird.

Das Parlament hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Exportkredite beschäftigt. Wir können nicht umhin, bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß die anfänglich sichtbar tendenz nach Steigerung des Exports in der letzten Zeit fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Wir vermögen nicht festzustellen, auf welche Ursachen dies zurückzuführen ist, glau-

ben aber hervorheben zu müssen, und zwar mit allem Nachdruck, daß dieses Vorgehen unheilbare Folgen nach sich ziehen kann. Es müßten die maßgebenden Kreise sich dessen bewußt werden, daß die Vorlage über die Exportförderung nur dann ihren Zweck zu erfüllen vermag, wenn man nicht nur ausgiebige, sondern auch rasche Hilfe leistet. Es wurde feinerzeit von allen maßgebenden Kreisen in Aussicht gestellt, daß die Exportförderung, soweit die Porzellan- und Glasindustrie in Frage kommt, längstens bis 15. Jänner in die Tat umgesetzt werden sollte. Selbster ist schon fast ein Monat verstrichen, ohne daß in Wirklichkeit dieses Problem der Lösung zugeführt worden wäre. Bei der Textilindustrie sind auch schon alle Vorarbeiten getroffen worden. Ebenso sollen bei der Instrumentenindustrie die Vorarbeiten über die Möglichkeit einer Exportförderung bereits zum Abschluß gelangt sein; doch steht immer noch nicht fest, wann wirklichstens in diesen wichtigen Industriezweigen die endgültige Entscheidung fallen wird.

Gespensterflugzeug über Wien

Fata morgana oder Wirklichkeit? Goebbels-Schwundel in drastischer Neu-Auflage?

Berlin. Das Deutsche amtliche Nachrichtenbüro verbreitete folgenden Bericht aus Wien: Wir erfahren, daß Freitag nachmittag von der tschechoslowakischen Grenze über einem Wiener Außenbezirk ein Flugzeug geflogen kam, das am Himmel mit Rauch die Sowjetabzeichen Sichel und Hammer zeichnete und sodann in derselben Richtung, aus der es kam, d. i. zur tschechoslowakischen Grenze, verschwand. Die Nationalität dieses Flugzeuges konnte nicht festgestellt werden.

Auch Wiener Meldungen sprechen von einem Flugzeug, das angeblich versandt habe, am Himmel irgendwelche Rauchschwaden zu formen. Dem Flugzeug wurde die in e Kufmerksamerlei gewidmet, da die Zuschauer annahmen, daß es sich um irgendeine Kesselform handelte. Die tschechoslowakischen Behörden haben sofort eingehende Nachforschungen angestellt. Der Weidobienst an der Grenze hat festgestellt, daß am Samstag mit Ausnahme der regulären Verkehrsflugzeuge kein anderes Flugzeug unsere Südgrenze weder in der Richtung nach Österreich noch von Österreich her überflogen hat.

Auch nach den Wiener Berichten bleibt das Flugzeug eine recht geheimnisvolle Angelegenheit und es ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob es überhaupt solch ein Flugzeug geben hat oder ob

Die parlamentarischen Verhandlungen über die Regierungsvorlage betreffend die Reform des Verwaltungsverfahrens sind heute im Stoden geraten. Der Verfassungsausschuß hat bekanntlich eine Subkommission eingesetzt, die aber bisher noch zu keiner Sitzung einberufen wurde. Man trägt sich mit dem Gedanken, die Vorlage überhaupt zurückzugeben und sie entsprechend den Anregungen, die im Laufe der Ausschußdebatte sowohl vom Referenten, als auch von den Debattierenden und insbesondere vom Ersten Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes vorgebracht wurden, abzuändern.

Die Tagesordnung der nächsten Parlaments-sitzung ist von dem Rechnungsabluß für 1936 und dem dazugehörigen Nachtragsbudget ausgefüllt. Dergestalt werden alle Vorarbeiten getroffen, um das neue Verwaltungsverfahrens-gesetz im Parlament in Verhandlung zu ziehen. Zu diesem Zwecke findet am Mittwoch eine gemeinsame Sitzung der Präsidien der beiden Kammern statt, die sich mit der Frage der Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses der beiden Kammern zur Durchberatung dieses großen Werkes beschäftigen soll. Es ist noch ungewiß, ob dieser gemeinsame Ausschuß lediglich für diese eine Vorlage errichtet werden oder ob er ständig auch für weitere große Gesetzeswerke, so für die kommende große Strafgesetzbuchreform, fungieren soll. Kompliziert wird diese Frage einigermaßen durch das Verlangen des Senats, in dem Ausschuß — im Gegensatz zum Ständigen Ausschuß — durch ebenso viele Mitglieder wie das Abgeordnetenhaus vertreten zu sein. Man kann dieser Forderung eine gewisse Berechtigung sicher nicht absprechen.

ein geschickt ausgestrictes Verlicht in einigen Leuten die Suggestion erzeugt hat, sie hätten ein Flugzeug dieser Art gesehen. Daß zunächst nur das MDV davon wußte, ist immerhin auffällig und erinnert doch an jene „roten Flugzeuge“ über Berlin, die 1933 auftauchten und die niemand gesehen hatte, die aber doch einen hinreichenden Anlaß boten, die deutsche Luftaufklärung in Gang zu setzen.

War das Flugzeug aber keine Fata Morgana, so muß man als sicher annehmen, daß es von Bayern kam und eigens zu dem Zweck entsandt wurde, der eben zusehender gewordenen Goebbels-Lüge über die „roten Flugplätze“ der Tschechoslowakei neue Nahrung zu geben. Der Februar-Gebeulsturm ist in diesem Falle ein Anlaß, die „sozialistische“ Herkunft des Flugzeuges zu erörtern. Damit würden nur jene, zuerst in unserer Presse geäußerten Vermutungen bestätigt, daß Goebbels mit der Propaganda einen bestimmten konkreten Zweck verfolgt: einen Kriegsanlaß zu schaffen; der darin bestehen würde, daß eines Tages „von der tschechoslowakischen Grenze herkommend“ einige „russische Flugzeuge“ über einer deutschen Stadt erfliegen und Bomben abwerfen würden. Der Fall des Wiener Geistesflugzeuges beweist, daß Goebbels jedenfalls noch nicht entmutigt ist, sondern die Lüge von neuem aufzuleben läßt.

Wunderknabe Jo

Von Margarete Neumann

Vorwort

In einer großen Berliner Tageszeitung fand ich eines Tages die Notiz: „Schiffbrücker begabter Herr oder Dame melde sich.“ Folgte Name und Adresse. Da ich wieder einmal in arger finanzieller Bedrängnis war, überlegte ich nicht lange. In den nächsten Minuten sauste ich mit der U-Bahn auf den Kurfirstendamm.

„Es handelt sich“, sagte der in Berlin sehr bekannte Jurist zu mir, „es handelt sich um die Bearbeitung des Nachlasses eines Toten. Gegen seine Eltern erhebt eine Verwandte die Anklage, sie hätten den jungen, genialen Sohn in ein Armenhaus gesteckt. Es gilt zu beweisen, wieviel die Beschuldigung ungerechtfertigt ist. Josef Brachta war nämlich nach Ausfragen der Ärzte von Jugendirren befallen, als unheilbar diagnostiziert worden. Wenn Sie also wollen? Hier sein Bild, es soll Ihnen das Einleben in seine Welt erleichtern!“ Mit Freunden nahm ich an. Bald sah ich über den Festen, alles um mich vergessend. Vor mir das Bild des wunderschönen Knaben. Schwärmerisch der Blick der großen Augen — Armer, kleiner Wunderknabe! Wie mühen du gelitten haben. Denn Josef Brachta war wirklich geistig unvernünftig, zeitweilig durchbrach Bewußtsein den Jernwahn. Dann schrieb er in unleserlicher Schrift war es empfunden — manchmal überhaupt nur in sinnlos aneinandergereihten Buchstaben: mamamamama — in das Notizheft. Wieweil die Schuld an seinen Eltern liegt? Jo betrauerte sie fest zuhalten. Für mich war jedenfalls das eine klar: ihr Unverständnis diesem genial begabten, überaus liebebedürftigen, gartempfindlichen Knabe gegenüber, seine Nebenartregung, Ehrgeiz und Bitterkeit auch die Hier, den Genius des Kindes zur Klängen den Münze umzugestalten, beschleunigten den Bruchstels-

prozess. Ob er jemals ganz zu verhindern gewesen wäre? Ich weiß es nicht. Ich schrieb und schrieb was vor mir lag in wirtren Sätzen — nun aber hat der Kleine Jo selbst das Wort.

„Gefasch... hahaha! Die Clara ist wütend, sie dreht ihre Augen zum Himmel und schreit mich an: „Was lachen Sie so böse, Jo! Ich werde Sie hundertmal die Tanteiler wiederholen lassen — und mit dem Papa sprechen“, sekte sie drohend hinzu. Also, marisch, wiederholen... cdegnach, cdegnachhahaha!“

„Wie mußte ich lachen! Die Clara ist gar zu possierlich, wenn sie sich ärgert und Papa soll es nicht mehr wagen, mich anzurühren... Die Clara ist mein Quälgeist Nummer 3, Papa Nummer 1, Professor S. Nummer 2, bald werde ich sie alle los sein. Was wissen diese Puppen von Musik, von Klavierpielen. Jo, Jo, ich weiß, was Klavierpielen ist!“

„Weiß ich und schwarze Effenbeinjähne, die sich in das menschliche Hirn einbeihen, den Hinterkopf einflammern, ich höre das Knacken ganz deutlich, wenn ich schlüße. Dann ist mir, als flöge ich weit, weit hinweg von Erden, in die blauen Lüfte, es schweben altbernde Feuerpunkte von der Erde bis zum Himmel — eine einzige Tanteiler... cdegnachh...“

„Heute spiele ich nicht weiter. Ich will nicht! Mag die Clara mich verpehen... Böhl! Ich strecke ihr die Zunge, soweit ich sie aus dem Munde herausbringe. Böhhhhhh... Die Clara bekommt vor Wut immer eine ganz weiße Nasenspitze, sie nähert sich mir — brör — wech langer, spitzer Effenbeinjahn. Ich schreie, schlage um mich — bekomme Krämpfe...“

„Papa ist sehr böse auf mich. „Jo, wie lonnest du Kräulein Clara so erschrecken!“ seine Hand berührt meinen Kopf. „Jo, sech! mich an — dieses Simulieren mit den Krämpfen muß ein Ende nehmen...“

„zwingt mich nicht zu noch härteren Strafen...!“

„O, wie ich sie hasse, diese Stimme! Nein, lust nicht, ich sehe ihn nicht an! Woau? Dieser Prob, immer nur treibt er mich des Ruhmes und Geldes willen an.“

„Jo, Lieblich, reiche dem Herrn Präsidenten die Hand, oder Jo, Lieblich, mache einen Anix... Mama steht daneben, Ineist mich in die Seite und sagt leise: „sei nicht so dämlich...!“

„Nein, ich will ihn nicht ansehen und nicht auhören. Lust nicht. Was ist das überhaupt dieses „Papa“? Ich vergesse schon, daß vor mir ein Mann steht mit einer Habichtsnase... keine Krallen an meinem Kopf... wie sie sich in mein Hirn einbohren. Schon spüre ich das Schnappen der Effenbeinjähne im Genick, ich schreie, versinke, was ist dieses Papa? Jetzt leitere ich eine Schwabeleiter hinauf, balanciere an zwei langen Klavierseiten an der obersten Strophe... fisch, bis, bis, bis... Was, Was schreie ich! Spude jemandem ins Gesicht, — dann höre ich nur noch: „Warte, du Schlingel, werd' dich lehren, deinen Vater Was zu schimpfen...“ Etwas Warmes fliehet über mein Gesicht, es zieht mich herunter... ich falle in einen Abgrund...“

„Eine Woche lege ich nun zu Bett. Wie sich doch Papa ärgert, der Wunderknabe Jo ist ein ganz gewöhnlicher Junge, läßt das Haar unordentlich herunterhängen, muß auf das Beden gefehlt werden.“

„Mit geschlossenen Augen höre ich, wie Dr. F. zu meinem Vater sagt: „Lieber Herr Dr. Brachta, der Junge ist gesund, aber... die Pubertät seht hier scheinbar schon sehr früh ein... bei solchen Wunderkindern nichts Seltenes...“ Durch einen schmalen Spalt werfe ich den Blick auf meiner Papa. Sein Gesicht gleicht einer mit Schimmelpilzen durchzogenen Zitronenschale, so laßlich, so grünlichgrau.“

„Nunnd etwas in mir flüstert mir zu: „Mut, Jo, benutze die Gelegenheit und blamiere den

ehrenwerten Herrn Doktor juris Brachta, sage, schreie es heraus: frühzeitige Pubertät mit sechs-acht Jahren?? Jo, Jo, bin sechzehn Jahre alt, sie lügen... lügen... des Rammonds wegen!“ Das sollte ich dem Dr. F. sagen, aber es befällt mich Angst, wasinnige Angst, ein Mädchen... ein Weib... und schon schnappen sie mich wieder die Effenbeinjähne und ich versinke... cis, bis, bis...“

„Jo, lieber Jo, morgen also ist der Konzertabend, mach' uns keine Schande...“ sagt Mama zu mir.

„Schön, sehr schön ist Frau Dr. Brachta. Ein blaßes Gesicht, rotkimmerndes Haar und grüne Augen... eine Nixe, meine Mama. Wie sie schmeicheln kann. Wie sie und Papa zittern... Dann morgen... sehen tausende Mark! Ein-nahme am Spiele, wenn Jo, der Wunderknabe, nicht will...“

„Die Clara sitzt in der linken Ecke des Messen-zimmers, drei Meter weit von mir entfernt. So eine Angst sage ich ihr ein. Ich spiele, was ich will — sie sagt kein Wort. Ich spiele falsch — sie sagt kein Wort. Manchmal, wenn sie glaubt, ich beobachte sie nicht, werfe ich einen Blick in ihr Gesicht.“

„Das ist ja meiner Schwester Mices häßliche Puppe Nimi... aschblondes Haar, Bonny-haar, wasserblaue Augen... flache Brust... oh sie die wohl auch mit Sägespänen gefüllt hat...? Die Lider bebden das Auge, sie sieht nicht auf. Ich hämmere erbarmungslos auf die Tastatur... sie hebt die Lider doch nicht. Aber ihre Hand zittert, streift den Rock entlang, nervös auf es um ihren Mund... eine ganz leichte Röte färbt die Gesichtshaut, nur die Nasenspitze bleibt weiß, durchsticht die Luft. Ueber der Oberlippe sitzen winzige, kleine Schweißperlen... Die Clara ist eine Weisheitsweiser — habgierig. Sie hat nicht viele Schüler, die 25 Mark pro Stunde zahlen...“ (Fortsetzung folgt.)

Die nationale Frage und das Ausland Die Verhandlungen auf Initiative inländischer Faktoren

London. „Daily Telegraph“ bringt einen Artikel seines diplomatischen Korrespondenten, welcher unter der Überschrift „Die nationalsozialistische Gefahr in der Tschechoslowakei“, vor allem für den 28. Februar eine wichtige Rede ...

Das Tschechoslowakische Pressbureau ist in der Lage, auf Grund seiner Informationen zu der zitierten Behauptung des diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ folgendes zu erklären:

Wenn der Korrespondent des „Daily Telegraph“ andeuten will, daß die Verhandlungen in Angelegenheit der deutschen Minderheit eine Folge irgend welcher britischen Maßnahme oder einer Intervention bei der tschechoslowakischen Regierung waren, handelt es sich offensichtlich um einen wesentlichen Irrtum des diplomatischen Korrespondenten des genannten Blattes. Es ist allgemein bekannt, daß die öffentliche Meinung Großbritanniens und ihre Regierungen ...

Wer ist ein Auslandsdemissar? Die Herren am Konrad Henlein, die mangels jedweder inländischen Betätigungs- und Erfolgsmöglichkeit ihr Hauptarbeitsfeld ins Ausland verlegt und es mit einem ganzen Heer von nazifischen Emisariern überzogen haben, sind außer Rand und Band, wenn einmal auch jemand anderer eine Reise unternimmt. Dies zeigt sich wieder einmal gelegentlich einer Reise, die Abg. Valášek mit Wifsen der Partei angetreten hat und die sie nun dazu benötigen, ihn als „Regierungs-Emissar“ und Gegenspieler des bekannten Henleinistischen Herrn Kutcha auszugeben. Nun, wenn die Herren um Konrad Henlein dies wirklich meinen sollten, dann überschätzen sie die Bedeutung des Herrn Kutcha, mit dem in Wettbewerbs zu treten nur Minderköpfe einfallen kann.

Der Präsident der Republik empfing am Samstag den Vizepräsidenten der Gesellschaft Air France, Georges Edgar Bonnet aus Paris.

Abschied der Auswanderer

„Wir suchen ein Land“. Der Titel des Romans von Robert Grösch faßt in vier Worten das Schicksal der deutschen Emigration zusammen. Viele von denen, die in der Tschechoslowakischen Republik ein vorläufiges Asyl gefunden hatten, sind weitergezogen, in andere Länder, in andere Erdteile, um dort eine neue Heimat zu suchen. Nicht nur die jüdische Emigration ist auf der Wandererschaft nach dem Lande ihrer Hoffnung, sondern auch von den deutschen Genossen haben schon viele zum zweitenmal ihre geringe Habe gepackt und sind weitergezogen, nach Dänemark, nach Schweden, nach England und weiter fort nach Südafrika, nach Britisch-Indien, nach Brasilien, Bolivien, Chile, Mexiko — alle in der Hoffnung, im neuen Lande eine neue Heimat zu finden, Brot und Arbeit, durch Arbeit erworbenes Brot für sich und ihre Familien.

In der Nacht vom Freitag zum Samstag ist wieder ein Trupp in die Fremde abgereist. Dreißig Menschen, Männer, Frauen und Kinder. In Venedig beginnt die Seereise über den Ozean. Südamerika ist ihr Ziel, wo sie als Siedler auf neuem Grund ein neues Leben beginnen werden. Die großzügige Hilfe ausländischer Behörden und Organisationen hat ihnen die Auswanderung ermöglicht, die sie nicht als eine Reise ins völlig Ungeklärte unternehmen, sondern als Weg in eine neue Zukunft, für die die erforderlichen Voraussetzungen soweit gesichert sind, daß sie auf einen Erfolg ihrer Pionierarbeit rechnen dürfen. Und die vorbildliche Hilfsbereitschaft hiesiger Organisationen, denen nie genug gedankt werden kann, hat das übrige getan, um den Weg in das neue Land zu ebnen. Die Auswanderer haben die Reise

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Feuer bei Henleins!

Die Brüner Arbeiter revoltieren

In Brünn hat sich eine „Opposition der SdP“ konstituiert. Sie verbreitet ein Flugblatt, das von Karl Damm, einem Mitglied des Kreisarbeiterschusses der SdP, gezeichnet ist und nähere Einzelheiten über die schweren Auseinandersetzungen mitteilt, die in den letzten Tagen innerhalb der Brüner SdP stattfanden.

Der Brüner Parteileitung werden „schändliche und planmäßige Angriffe gegen die Arbeiter und Angestellten“ vorgeworfen. Der Kreisleiter-Stellvertreter und Sozialreferent Stefan Jientel sei seines Amtes enthoben worden, weil er die Erfüllung der sozialen Versprechungen der SdP verlangt habe. Am 22. Jänner habe sich eine SdP-Arbeiterversammlung mit dem unsozialen und arbeitersfeindlichen Verhalten gewisser Leitungsglieder der Brüner SdP beschäftigt. Es wurden dort vor allem gegen den Ing. Arch. Králíček schwere Anwürfe erhoben. Králíček habe in der Versammlung gegen die Arbeitervertreter heftige Drohungen ausgesprochen und diese Drohungen auch wahrgemacht. Am 25. Jänner sei er mit einer Mehrheit von nur 18 Stimmen zum Ortsleiter gewählt worden, obwohl ihm unsoziale Gefinnung nachgewiesen worden war. Kurz nach der Wahl habe Králíček eine Luxureise auf den Semmering unternommen, vor der Abreise aber wurde noch rasch der Arbeiterjandesvertreter Stefan Jientel von ihm aus der Partei ausgeschlossen.

Im Zusammenhang mit diesem Ausschluß kam es in der Brüner SdP-Kanzlei zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den arbeitersfeindlichen Führern und den Arbeitern, die geschlossen dorthin gezogen waren. Der Kreisleiter Jolka wies den ausgeschlossenen Jientel hinaus und drohte mit der Polizei. Schließlich

bequemt er sich aber doch zu einer ruhigen Aussprache, nach deren Beendigung jedoch ein rasch herbeigerufener Streiktrupp von Studenten in die Kanzlei und deren Zugänge besetzte. In dem Flugblatt der Opposition wird sogar behauptet, die Studenten hätten die Arbeiter überfallen wollen. Als an einem späteren Tage wieder eine Arbeiterabordnung sich eine Auskunft holen sollte, bewachten 60 Studenten gemeinsam mit der Polizei die SdP-Kanzlei.

Das Flugblatt der Opposition bemerkt dazu: „Das sind die Methoden, mit denen man in der Volksgemeinschaft gegen die arbeitende Klasse vorgeht, die gut genug war, als Stimmwisch bei der Wahl zu fungieren, aber sonst in der SdP keine Rechte besitzt.“

Schließlich stellte sich heraus, daß bei der Leitung nicht der geringste Wille zu einer Verständigung besteht. Die beschuldigten Arbeitervertreter wurden zur Kreisratsitzung nicht zugelassen, konnten also weder die Beschuldigungen hören, noch sich rechtfertigen. „Nur Denunzianten und Arbeiterverräter lieh man ihr teuflisches Spiel treiben“, bemerkt das Flugblatt. Die auswärtigen Kameraden seien unter Zuhilfenahme gemeiner Verleumdungen gegen die Arbeitervertreter beeinflusst worden.

Die Opposition beruft eine öffentliche Versammlung ein, in der sie über die Mißstände in der SdP mitteilen will.

In einem Briefe an die Hauptleitung der SdP teilt die Brüner Opposition mit, daß sie nicht mehr gewillt ist, für eine Volksgemeinschaft der Phrase aufzutreten und mit „berattigten Elementen“ gemeinsam zu marschieren.

Ein Erfolg für unsere Kriegsopter im Auslande

Im Jänner konnten den tschechoslowakischen Generalkonsulaten für Österreich und Deutschland 20.000 K. bezugsweise 30.000 K. als Aushilfe- oder Teilschadigung für die entwertete K für die Kriegsopter zur Verfügung gestellt werden. Neuerliche Vorprachen beim Ministerium für soziale Fürsorge hatten, wie der „Kriegsverleiher“ berichtet, den Erfolg, daß durch das Ministerium für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Finanzministerium weitere Beträge für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden. Es wurde dem Generalkonsulate für Österreich der Betrag von 100.000 K. und den Generalkonsulaten in Deutschland der Betrag von 150.000 K. für 1937 zugesprochen. Außer diesen Beträgen, die lediglich auf Grund der von den organisierten Kriegsopten eingeleiteten Aktionen für die Auslands-Kriegsopter ausgesetzt wurden und die als Teilschadigung für den Verlust, den diese Kriegsopter durch die entwertete tschechoslowakische Krone erleiden, gedacht sind, werden die normalen karitativen Beihilfen den Generalkonsulaten zur Verfügung gestellt werden.

Was sollen diese Schikanen?

Aus Graupen wird uns berichtet, daß bei der Ausgabe der Ernährungskarten am Freitag zwei Gendarmen wieder einmal die Daten der Arbeitslosen aufnahmen. Ist es notwendig, daß die Gendarmerie, deren Wirkungsbereich doch wahrhaftig wo anders liegt, immer wieder Nachforschungen bei den Arbeitslosen hält? Der arbeitlose Mensch ist das bedauernswerteste Opfer der Krise, er hat zu fordern! Ihm hat die Gesellschaft zu helfen! Die soziale Not ist ungeheuer groß, denn mit K 10.— und K 20.— in der Woche vermag der Vater den Lebensunterhalt für eine Familie nicht zu bestreiten! Wir fragen den Herrn Bezirkshauptmann, in weissen Auftrag diese Erhebung der Gendarmerie in Graupen erfolgt ist und wesswegen die Arbeitslosen auf diese Art und Weise in Erregung versetzt werden?

Jahresversammlung der Bezirksorganisation Prag. Freitag, den 12. Februar, fand in Prag im großen Saal des Handwerkervereines die Jahresversammlung der Parteibeirgsorganisation statt. Nachdem die Volksgemeinde unter Leitung des Dirigenten Janetschek zwei Chöre vorgetragen hatte, eröffnete der Vorsitzende Genosse Dübner die Versammlung mit Gedankworten für alle ge-

fallenen antifaschistischen Kämpfer. Berichte erstatteten der Vertrauensmann Schönfelder, der insbesondere hervorhob, daß die Organisation Feuer den Stand von 1000 Mitgliedern überschritten hat. Den Kassabericht erstattete Mitlenhuber, worauf namens der Kontrolle Genosse Teurer den Antrag auf Entlastung des Kassiers stellte. In der Debatte sprach Dr. Schwelb, der einen Bericht über seine Tätigkeit als Stadtvertreter erstattete und Weislopf, worauf nach einem Schlußwort Schönfelders dem Kassier einstimmig die Entlastung erteilt wurde. Zum Schluß wurde die neue Bezirksvertretung gewählt, wobei Genosse Ernst Paal mit dem Amte des Bezirksvertrauensmannes betraut wurde.

Sehr richtig! Wir lesen in der „Zeit“: „Man darf ohne Übertreibung behaupten, daß der „Jael“ seinesgleichen nicht nur im jüdischen Schrifttum heute finden müßte. — Auch sonst bietet die Heberfolge wieder eine Fülle erschütternder Einfälle.“

Autounfall mit tödlichem Ausgang. Samstag mittags wurde der Inhaber eines Radiogeschäftes in Graslitz, Gustav Placht, das Opfer eines Autounfalles. Placht fuhr mit seinem Wagen auf der Staatsstraße von Heinrichsgrün nach Graslitz; auf der ziemlich vereisten Straße kam das Auto ins Schleudern, schlug gegen einen Straßenstein und überjährl sich, wobei Placht getötet wurde.

Die Staatsangestellten verhandeln mit Kalfus

Prag. Amlich wird gemeldet: Finanzminister Dr. Kalfus empfing am Samstag den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Angestellten, mit dem er auf Grund seiner Ernennung durch die Regierung informativ über die Durchführung der Aufgabe der Regierung betreffs Regelung der Gehaltsabhänge der öffentlichen Angestellten verhandelte. Die Beratungen des Finanzministers mit den bevollmächtigten Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen Angestellten werden fortgesetzt werden.

Unwahre Behauptung der „Reichspost“. Vor einigen Tagen hat die Wiener „Reichspost“ in einer Form, die offenbar gegen die Brüner Auslandsleitung der österreichischen Sozialdemokratie gerichtet war, die Nachricht gebracht, daß sich in Prag „ein führender Sozialdemokrat (Chefredakteur Dr. Strauß) für eine Monarchie eingesetzt“ habe. Als Beweis dafür wurde wörtlich ein Satz zitiert, der Dr. Strauß zugeschrieben wurde. Wir stellen auf Eruchen des Genannten fest, daß er diesen Satz weder irgendwo gesagt noch geschrieben und sich nirgends und niemals für die Einführung der Monarchie in Österreich ausgesprochen hat.

Beratungen über die Wehrerziehung. Am 11. wird mitgeteilt: Die Vertreter des gemeinsamen Ausschusses zur Erhöhung der Wehrfähigkeit des Volkes hielten mit den Vertretern des Ministeriums für Nationalverteidigung eine Beratung über den vorbereiteten Gesetzentwurf über die Wehrerziehung ab. In der Beratung wurde eine Reihe von Bestimmungen dieses Entwurfes durchgenommen. Die Verhandlungen nahmen bisher einen befriedigenden Verlauf und sie werden in der nächsten Woche fortgesetzt werden (ND).

angekreten, ausgerüstet mit allem, was für ihr neues Leben erforderlich ist, mit allem Werkzeug für ihre Arbeit, die zunächst in der Urdarmanung des zur Verfügung gestellten Bodens bestehen wird, während ein Teil schon urbaren Landes ihnen das Brot geben wird. Auch mit allen erforderlichen Medikamenten sind sie ausgestattet, und in Hurten sind sie in der ersten Hülfeleistung in Krankheitsfällen und in den Anfangsgründen der Sprache des neuen Landes unterrichtet worden. In Genua werden sie noch mit anderen Auswanderertruppen aus anderen Ländern zusammen treffen, die das gleiche Reiseziel haben und mit ihnen eine Siedlergemeinschaft bilden werden.

Für diese dreißig Auswanderer fand am Freitag unmittelbar vor ihrer Abreise ein Abschiedsabend im Obvoroch däm am Perstyn in Prag statt, veranstaltet von der Sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe, der Demokratischen Flüchtlingshilfe und dem Einheitsverband der Privatangestellten (Flüchtlingsfürsorge). Nach einem gemeinsamen Abschiedsmahl für die Auswanderer versammelten sich diese im Kreise heiserer Schicksalsgenossen und Gefinnungsfreunde im würdig geschmückten Saale zu einer kleinen Abschiedsfeier. Die Staatshymne der Tschechoslowakischen Republik, vorgelesen von der Emigranten-Spielvereinigung und vor den Versammelten stehend angehört, leitete die Feier ein. Dann sprach die Gen. Dr. Olga Cermál Heinrich Heines ergreifendes Gedicht „Nachtgedanken“, dessen Verse „Denn ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“ nach einem Jahrhundert wieder die Empfindungen deutscher Flüchtlinge ausprägen, und danach das Gedicht „Zuspruch“ von dem im Exil lebenden deutschen Schriftsteller Max Herrmann-Reise.

Dann nahm Ernst Paal als Sprecher der Sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe in einer zu Herzen gehenden, von Ergriffenheit bewegten Ansprache Abschied von den Auswanderern. Er legte ihnen ans Herz, auch im neuen Lande durch die Tat zu beweisen, daß eine Gemeindegliedschaft für Menschen möglich ist. Er entbot ihnen alle guten Wünsche für den neuen Lebensabschnitt und sprach die Hoffnung aus, daß die Auswanderer auch im neuen Lande das tschechoslowakische Gastland und die Menschen hier, die ihnen nach besten Kräften zur Seite gestanden haben, nicht vergessen werden. Den Auswanderern aber gelobte er, daß die Gefinnungsgenossen hier treu auf ihrem Posten ausdauern werden, bis der Tag kommen wird, der das Banner der Freiheit auch den deutschen Kameraden wieder in die Hand drückt.

Als zweiter Redner erstattete ein Auswanderer im Namen seiner Kameraden den herzlichen Dank an die Organisationen der deutschen und tschechischen Arbeiterbewegung, an die Sopade und an die Behörden des Staates. Die hier bleibenden Schicksalsgenossen hat er, Solidarität durch Solidarität zu erwidern. Er schloß in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in einem freien, schöneren Deutschland. Dann verlas er Abschiedsworte in tschechischer Sprache, die mit einem mit herzlichem Weisfall aufgenommenen Dank an die Repräsentanten des Staates, an die Präsidenten Masaryk und Dr. Benes schlossen und in einem dreifachen „Dank!“ ausklangen.

Für die tschechische Arbeiterbewegung sprach Prásek. Er verknüpfte seine Abschiedsworte mit einer historischen Erinnerung an die tschechische Emigration nach dem Dreißigjährigen Krieg. Damals hatte das tschechische Volk seine

Freiheit verloren, und es hat sie wiedergewonnen, nicht als ein Geschenk von Gottes Gnaden, sondern weil es frei sein wollte und den Kampf um die Freiheit aufgenommen und geführt hat. Auch die deutsche Emigration wird in der Geschichte weder sinnlos noch für immer hoffnungslos bleiben. Die Freiheit kann Niederlagen erleiden, aber sie läßt sich nicht für immer niederringen.

In ähnlichem Sinne sprach Rudolf Vaher für den Deutschen Gewerkschaftsbund Reichensberg. Und er richtete noch eindringliche Worte an die Kinder, die mit ihren Eltern in die Fremde gehen; er ermahnte sie, nie die Schwere des Loses zu vergessen, das die Eltern auch um ihrerwillen auf sich genommen haben. Für die Auswanderer aber werde der Abschied nicht das Ende der Verbundenheit mit der internationalen Arbeiterbewegung sein dürfen. Ihnen rief er zu: Weib auf der Wacht!

Nach diesen Abschiedsworten trug die Spielvereinigung einen „Emigranten-Song“ vor, und dann las Olga Cermál aus Dichtungen in Prag lebender sozialdemokratischer Emigranten, einen Abschnitt aus der Erzählung „Karl Herschowitz kehrt heim“ von Ranfred, der das Grenzserlebnis eines aus Deutschland Ausgewiesenen schildert, aus dem Roman „Wir suchen ein Land“ von Robert Grösch die Szene, in der zwei Auswanderer Abschied von Prag nehmen, und als Gedicht „Nachtgedanken“ von Kurt Döberer. Ein gemeinsamer Gesang beschloß die feierliche, von allen tiefempfundene Feier. Und dann traten die Auswanderer den Weg zum Bahnhof an. Dort nahmen sie einen letzten bewegten Abschied von ihren Freunden, deren Grüße noch dem schon fahrenden Zuge nachwirkten.

Heute Urteil im Mordprozeß Velgo

Präsident des Mordprozeß Velgo gelangte am Samstag nur bis zur Formulierung der Fragen an die Geschworenen. Dann wurden die Verhandlungen nach 7 Uhr abends unterbrochen und auf Sonntag 9 Uhr fortgesetzt. Das Urteil soll in den Nachmittagsstunden des Sonntag gefällt werden.

Die Veranlassung des Sonntags für den Abschluß des Prozesses erwies sich als unaußweichlich, weil für Montag bereits neue Schwurgerichtssitzungen angesetzt sind.

Als erster Zeuge im dritten Verhandlungstage wurde der Staatsanwalt Ing. M. Kavalera vernommen, der am Mordtage mit Velgo im Musiksalon spielte. Velgo vertraute bei einer anderen Gelegenheit dem Zeugen an, er ahne, daß er ein in etwas vorbereiteter werde. Ein weiterer Zeuge, Obergerichtsrat Dr. Tichý, ein vertrauter Freund des Ermordeten, war über alle seine Pläne genau unterrichtet, weiß jedoch nichts davon, daß irgend eine Scheidungsfrage unterbrochen worden sei und daß er etwas Ähnliches von Velgo erhalten hätte. Die weitere Frauin Valerie Odehnalová, die Frau eines früheren Arbeitgebers der Velgo, kann über die Angelegenheit nichts Sachverständiges aussagen. Weiters wurde der Vater der Angeklagten, Josef Svoboda, verhört, der über die Disharmonie aussagte, die die Bekanntschaft und später die Hochzeit seiner Tochter mit Obergerichtsrat Velgo hervorrief. Er rief sowohl Velgo als auch seiner Tochter, die Heirat aufzuheben, insbesondere wegen des großen Altersunterschieds, aber Velgo erklärte, er liebe seine Tochter und werde sie heiraten. Von einer vereinbarten Scheidung wisse er nichts. Der letzte Zeuge, Advokat Dr. Leopold Kubík, der Rechtsberater der Angeklagten war, sagt über die drei Unterredungen mit Velgo betreffend die Regelung der Verhältnisse zwischen den beiden Ehepartnern, die Möglichkeit einer Scheidung und die finanzielle Regelung aus.

Nach dem Zeugenverhör stellte der Verteidiger der Marie Velgo, Dr. Loria, neuerlich den Untersuchungsgegenstand in der Frage der sexuellen Verhältnisse der Eheleute Velgo in nicht öffentlicher Verhandlung und auf Vorlage der Photographien und der Korrespondenz der Velgo. Der Präsident des Senats ließ jedoch diesen Antrag nicht zu. Sodann folgte die Verlesung der Akten.

Nach Verlesung umfangreichen Aktenmaterials schlug ihr Verteidiger Dr. Loria ein nachträgliches Verhör der Angeklagten darüber vor, daß sie in der Zeit ihrer Ehe infolge abnormer Reigungen Velgos eine heftige Abneigung gegen ihren Mann fühlte, daß sie sich überhaupt keinen Rat wußte und daß sich diese Abneigung im Laufe ihrer Schwangerschaft ständig steigerte und sie sich in ihrer ganzen Handlungsweise während dieser Zeit in einem unwillkürlichen Zwang befand. Der Vorsitzende ruft die Angeklagte, welche vortritt. Sie ist schüchtern in Erscheinung, beginnt zu weinen und sagt schluchzend: „Bitte verhängen Sie über mich schon irgend eine Strafe. Machen Sie der Sache ein Ende.“ Der Staatsanwalt richtet an die Angeklagte die Frage: „Gestehen Sie alles ruhig ein?“ Die Angeklagte antwortet: „Alles!“

Ich bin vollumfänglich verantwortlich für alles, vor Gott.

Nachdem nicht mehr weiter, ich will auch über nichts mehr sprechen, bitte, werden Sie mich nicht mehr verhören?“ Nach diesen Worten erlitt die Angeklagte einen nervösen Anfall und wurde von dem Aufseher zur Bank geführt, auf der sie weinend Platz nahm.

Nachmittags wurde der Prozeß bei einem ungeheuren Ansturm des Publikums fortgesetzt, welches den Schwurgerichtssaal bis auf den letzten

Platz füllte, sich in den Mittel- und Seitengängen und in den Türen drängte, so daß die Polizei einschreiten und die überfüllten Räume freimachen mußte. Auch vor dem Gerichtsgebäude drängten sich die Menschen, die mit dem Vordringen des Abends an Zahl immer mehr zunahm.

Die Verhandlung wurde mit der Verlesung der Korrespondenz der Angeklagten Velgo und des mit der Angeklagten in der Gerichtschaft aufgenommenen Profols, dessen Verlesung der Vertreter der Familie Velgo, Dr. Lohmann, zum Beweise dafür beantragte, daß Frau Velgo schon seit Beginn ihrer Bekanntschaft mit Velgo einen Widerwillen gegen ihren Gatten fühlte und dennoch in die Ehe einwilligte. Wiederholte Kontroversen zwischen dem Verteidiger der Angeklagten Dr. Loria und dem Staatsanwalt Dr. Duřil gestalteten die Verhandlung zeitweise sehr lebhaft.

Der Staatsanwalt und der Vertreter der Privatbeteiligten brachten eine Reihe von Beweisanträgen ein, die jedoch der Gerichtshof bis auf einen einzigen als unerschließlich abweist. Das Gericht ließ lediglich die Verlesung des letzten

Tagesneuigkeiten

Wer Drachenzähne sät...

Kann nichts Gutes ernten. Oft aber büßen leider die Unschuldigen dafür, daß ein Bösewicht die Drachenzähne ausgesät hat. In den häßlichsten Angriffen der Rothermere-Blätter auf die Tschchoslowaken, deren bloße Existenz von dem englischen Zeitungsdiktator als eine Bedrohung des Friedens hingestellt wird, weiß die „Deutsche Landpost“ eine sehr interessante und durchaus glaubhafte Begründung beizufügen.

Das Blatt berichtet, daß es in Prag eine Stelle gebe — man wird schwer erraten, welche es ist — die sämtliche antideutschen, gegen jedes Zugeständnis an die Subtendentschen gerichteten „Rozhodnutí“ einer gewissen Presse, vor allem also der „Rozhodnutí“, der „Střevnický listy“ und der „Rozhodnutí“ sofort ins Englische übersetzt und an eine Reihe britischer Redaktionen und politischer Büros liefert. Den Engländern wird natürlich gesagt, das sei die Meinung des tschechischen Volkes schlechthin. Die Schlüsse, die sie daraus ziehen, führen eben zu Betrachtungen wie die Rothermeres eine war.

Daß die nationalistischen Blätter aller Nationen einander die Wälle zuspielen und voneinander leben, ist eine alte Erfahrung. Daß der subtendentsche und der tschechische Nationalismus nur davon leben, daß einer sich immer auf den anderen und dessen Geschäftigkeit, Unverträglichkeit und Rohheit berufen kann, wissen wir auch. Hier aber wäre eine neue Nuance in das alte Spiel gekommen. Die Uebelthaten der tschechischen nationalistischen Presse würden sich, wenn die „Landpost“ recht unterrichtet ist, doch in sehr empfindlicher Weise gegen das tschechische Volk selbst richten. Daß Herr Růžka bei seinem Londoner Besuch die faulerlich überlegten „Pressestimmen“ von einer gewissen Sorte mit ihrem Urteil über den Verstandigungsversuch der Regierung Godja überreicht hat, ist nicht zu bezweifeln. Daß es Engländer gibt, die jede geschäftige und alberne Keulierung eines Boulevardblattes für die Meinung der tschechischen Nation ansehen, ist ebenfalls möglich. Bleibt zu erwägen, ob ein Nationalitätenstaat in dieser Zeit nicht als ersten Beitrag zur Verständigung eine drakonische Deklamation jeder Art nationalistischer Hege einleiten müßte.

Für den Schutz der Bevölkerung vor betrunkenen Wagenlenkern. Der ständige Beirat des Gesundheitsministeriums, gegen den Alkoholismus, beantragt, daß bei der ersten Verurteilung des Lenkers im Zustande der Trunkenheit, dieser mit fünf Tagen Gefängnis oder einer Geldstrafe von 2000 Kč bestraft werde; bei der zweiten Verurteilung mit 14 Tagen Gefängnis oder 5000 Kč Geldstrafe und gleichzeitiger Entziehung des Führerscheins. Zum Schutze der etwan ungerecht beunruhigten Fahrer soll eine sofortige Untersuchung durch den Amtsarzt stattfinden, um den Grad der Trunkenheit festzustellen. Ferner beantragte der Beirat, daß gleichzeitig mit dem Führerschein jedem Fahrer ein Merkblatt gegeben werde, das auf die Gefahren des Alkoholgenusses für den Wagenlenker aufmerksam macht. Ebenso wie für die Eisenbahner, sollte der Genuß alkoholischer Getränke vor und während der Fahrt überhaupt verboten sein.

Ein „Fall Luner“ in Budweis. In die Haft des Kreisgerichts in Budweis wurde dieser Tage die 31jährige Cichanová eingeliefert. Sie hatte vor einigen Tagen ihr uneheliches Kind, die blühende Milada entwirrt. Sie wurde in ihrer Wohnung festgenommen. Sie ist die Frau eines Arbeiters und Mutter von vier Kindern im Alter von acht bis 13 Jahren. Die Tat habe sie im Jörn

Willens Velgos vom Jahre 1934 mit einem Nachtrag vom 17. Feber 1936 zu, mit welchem Velgo seine Gattin und deren Kind, wiewohl ungen, enterbt. Die Gattin soll sich mit der Pension und das Kind mit dem Pflichtanteil begnügen.

Damit war das Beweisverfahren geschlossen. Der Gerichtshof zog sich sodann zur Beratung über die den Geschworenen vorzulegenden Fragen zurück.

Die erste Hauptfrage betrifft Cerný und lautet auf das Verbrechen des verabschiedeten Mordmordes. Drei weitere Zusatzfragen lauten, ob Cerný bei der Verübung der Tat des Gebrauches der Vernunft vollständig beraubt war, ob bei wechselseitiger Sinnesverwirrung die Tat in einer Zeit, in der die Sinnesverwirrung anbauerte, beging, und schließlich, ob er die Tat aus niedrigen und unehrenhaften Motiven beging. Bei Cerný wurde ferner eine auf das Verbrechen des Totschlags lautende Eventualfrage gestellt. Auch zu dieser Frage wurden die gleichen drei Zusatzfragen wie bei der Hauptfrage gestellt.

Bei der Angeklagten Velgo stellte das Gericht die Hauptfrage auf das Verbrechen der Verabredung zum gedungenen Mord und zwei Zusatzfragen, ob die Angeklagte die Tat aus unwiderstehlichem Zwang und ob sie die Tat aus niedrigen und unehrenhaften Motiven begangen habe.

berübt. Die Familie soll keinen Mangel gelitten haben. Die Tat der Cichanová wird in verschiedener Weise erklärt. Es wurde festgestellt, daß die Mutter die Kinder schlecht behandelte, schlug und quälte.

Lebensmüde. Samstag nachmittags gegen 17 Uhr sprang die 23jährige Verkäuferin Irma Kempf in einem Anfall von Sinnesverwirrung von der Umfassungsmauer der Karlsbader Talspitze 16 Meter tief hinab und blieb auf der Eisdecke mit sehr schweren Verletzungen liegen. Sie wurde in fast hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert.

Französischer Regierungskredit für die spanischen Flüchtlinge. Das französische Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, laut welchem die Regierung für die spanischen Flüchtlinge einen neuen Kredit von 750.000 Francs bereitgestellt.

Das England aufregt. Kaum hat die Leistung der „British Broadcasting Corporation“ auf Veranlassung des Innenministers eine große Reinigungsaktion im Rundfunk begonnen und alle Improvisationen der Schauspieler streng verboten, da ist — und zwar am Abend des 9. Feber — ein Zwischenfall passiert, um dessen willen ganz London Kopf stand. Bei der Uebertragung einer Varieté-Scene, die ein Conférencier anfangte, kam es zu einem Dialog, in dem davon die Rede war, wer eigentlich Sex-appeal besitze. Bis dahin war alles in Ordnung, plötzlich aber improvisierte der Conférencier den Namen der Mrs. Simpson als einer Frau, die Sex-appeal besitze, in der Unterhaltung. Die Hörer glaubten, ihren Ehren nicht zu trauen. Zwei Minuten nach Nennung des ominösen Namens waren sämtliche Telefonleitungen zur Direktion der B. B. C. besetzt, und die Redaktionen der großen Londoner Zeitungen konnten sich ebenfalls vor teils entsetzten, teils ungläubigen, teils frohlockenden Anrufen nicht retten. Am nächsten Tage nahm der Zwischenfall den breitesten Raum in den Zeitungen ein, alle übrigen Weltereignisse traten weit in den Hintergrund. Ein bezeichnendes Kapitel zu dem, was man in England Sensation nennt!

Der gefährliche Namen. Die Trochisten-Prozesse und die Verfolgung aller Anhänger Trochis in der Sowjetunion — ihn selbst bezeichnet man nur noch als Juba Trochis — hat die verständliche Folge gehabt, daß alle Sowjetbürger, soweit sie Trochis heißen, den dringenden Wunsch verspüren, ihren Namen zu ändern. Diesem Wunsch wird seitens der Behörden gern entsprochen, und die „Iswestija“ führen bereits zwei Sowjetbürger auf, die beide bisher Trochis hießen und von denen der eine von jetzt ab Trochis I., der andere Trochis II. heißen wird. Die alte Stadt Gatschina in der Nähe von Leningrad, die feinerzeit zu Ehren Trochis in „Trochis“ umgewandelt wurde, heißt schon seit Jahren Krasnoarmejsk, d. h. „Stadt der Roten Armee“, deren Gründer Trochis war.

Auf dem Wege zur internationalen Flugkonkurrenz in Ägypten hat das tschechisch-slowakische Verkehrsflugzeug mit dem Piloten Sedo und Dr. Milenda als erste Etappe Neapel erreicht. Ihm folgten Praga-Wahy und die übrigen Flugzeuge. Samstag fehrte die Flieger ihre Reise nach Palermo und Tunis fort.

Seinen Krut und sich erschöpfen. Freitag nachmittags brach in das Hotel „Coruna“ in Kratobac (Jugoslawien) der 30jährige Privatbeamte Papabich der Dr. Richter vom dortigen Krankenhaus zu sich, damit er ihm ärztliche Hilfe leiste. Als der Arzt das Zimmer betrat, schoß ihn Popovic mit zwei Schüssen aus einem Karabiner und drei Revolverkugeln nieder. Durch einen Herzschuß verübte er sodann Selbstmord. Im Zusammenhang mit dem Verbrechen wird erklärt, daß Popovic an einer ersten Krankheit litt und in Behandlung des Dr. Richter stand. Die Tat hat er wahrscheinlich in plötzlicher Geistesverwirrung vollführt.

Die letzten Regengüsse haben die jugoslawischen Flüsse über die Ufer treiben lassen. Der Karaschisch-Fluß hat bisher an 8000 Kubikmeter Wasser überschwappt. Der Gruscha-Fluß hat bei Krugleba einige Dörfer überschwemmt und das ganze Gebiet in einen See verwandelt. Der Timof-Fluß ist bei Anazevac über die Ufer getreten und in einigen Gassen ist das Wasser in die Keller eingebrungen.

Italienischer Thronerbe. Die italienische Kronprinzessin Maria José hat Freitag einen Knaben geboren. Er wird den Titel „Prinz von Neapel“ führen und Vittorio Emanuele wie sein Großvater heißen.

Jugendsparge-Lotterie. Am 12. Mai d. J. werden die 10.088 Treffer der Jugendsparge-Lotterie im Werte von 320.000 Kč verlost und somit 10.000 Loskäufern die Möglichkeit geboten, zu gewinnen! Haupttreffer 100.000 und 20.000 Kč, die auf Wunsch auch in Bargeld ausbezahlt werden. Dabei kostet ein Los nur 5 Kč! Lose sind zu haben in Losverkaufsstellen, Krafften, Geldbanketten, bei allen Deutschen Bezirksjugendfürsorgen und direkt zu beziehen von der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen, Reichenberg, Waldzeile 14.

Gesuchsvorlage um Einstellung in die Ersatzreserve bei den heutigen Waffentierungen. Um Einstellung in die Ersatzreserve kann vor allem derjenige bitten, der 30 Jahre alt ist, d. h. der einzige Sohn einer Witwe oder eines arbeitsunfähigen Vaters, weiters der einzige Enkel, falls der Vater gestorben ist, bzw. der einzige Bruder väterlicher Geschwister und auch der einzige uneheliche Sohn einer unverheirateten Mutter. Als einziger Sohn, Enkel oder Bruder wird nach dem Gesetze auch ein Neffe angesehen, dessen sämtliche Brüder entweder Militärdienst versehen oder jünger als 17 Jahre oder wegen eines geistigen oder körperlichen Gebrechens arbeitsunfähig sind. Es kann allerdings nur jenen berufsständigen Besuchen Folge gegeben werden, welche durch Vermögens- und soziale Verhältnisse begründet sind. Das gesuchte Gesuch hat der Neffe selbst bereits bei der Stellungskommission abzugeben, sobald ihm bekanntgegeben wird, daß er assentiert ist. Wenn der Neffe das Gesuch nicht bei sich hat, muß er der Stellungskommission mündlich melden, daß er das Gesuch einreichen wird. In diesem Falle muß er das Gesuch innerhalb von 15 Tagen beim Bezirksamt seines Wohnortes einreichen. Welche Beilagen zum Gesuch notwendig sind, erklärt jeder beim Bezirksamt oder beim Gemeindevorsteher. Später können Gesuche nur dann eingereicht werden, wenn die Umstände, auf die sich das Gesuch stützt, erst nach der Assentierung eingetreten sind. In diesem Falle ist das Gesuch längstens innerhalb von 15 Tagen nach dem Entstehen des Gesuchgrundes, wie z. B. Todesfall und dergleichen, und zwar beim Bezirksamt des eigenen Wohnortes einzureichen. Wer in ein Spital gesendet und hierauf als assentiert erklärt wurde, muß das Gesuch innerhalb von 15 Tagen von dem Zeitpunkt an gerechnet vorlegen, wo er durch Ausstellung des Assentiments schriftlich von seiner Assentierung verständigt wurde. Rekruten, die neuer zur Stellung gehen, haben die Weisungen streng zu beachten. Weiters wird den Rekruten empfohlen, aufmerksam die Anordnungen zu lesen, durch die sie für bestimmte Tage zur Assentierung einberufen sind. Diese Anordnungen enthalten auch noch detaillierte Weisungen und auch Hinweise bezüglich der Vorlage von Gesuchen u. m. A. u. f. s. h. u. b. s. P. r. a. s. e. n. s. d. i. e. n. t. e. s.

Weiters. „Heute morgen ist das Rasterwetter wieder mal gar nicht warm, Frau Birin.“ „Schimpfen Sie nur nicht gleich, das soll doch erst mal der Tee sein.“ — „Also, Ihnen ist ein Glas Wein gestohlen worden!“ Weinbändler: „Ja, diese Frechheit! Ich habe bereits ein Inserat einrichten lassen: Vor Anlauf wird gewarnt!“ „War denn der so schädi?“

Das Wetter in Mitteleuropa wird andauernd von einer umfangreichen Störung über dem Schwarzen Meer beeinflusst. Bei uns ist untertags zeitweise Schnee gefallen. In den Niederungen herrschte Samstag nachmittags leichtes Tauwetter, auf den Bergen dauert mäßiger Frost an. Die unbeständige Witterung dürfte in den nächsten Tagen noch anhalten. — Was für ein schönes Wetter heute! Vorwiegend bis nachmittags herrscht zeitweise Schneefälle, in den Niederungen untertags leichtes Tauwetter, auf den Bergen Gattagsfroht, Wind aus nördlichen Richtungen. — Wetterausblick für Montag: Noch unbeständig, Neigung zu Niederschlägen

Das technische Wunder der Pariser Oper

Nach siebenmonatigen Umbauarbeiten, bei denen 700 Arbeiter und 21 verschiedene Firmen beschäftigt waren, wird die Pariser Große Oper am 21. Feber wieder eröffnet. Sie hat, abgesehen von der völligen Auffrischung und Erneuerung des Zuschauerraumes, eine hochmoderne Bühnentechnische Ausstattung erhalten. Die Oper wird mit einer Gala-Vorstellung eröffnet werden, zu der der Unterrichtsminister bereits die Einladungen hat ergehen lassen.

Die neue technische Ausrüstung im Prachtbau Charles Garnier stellt den „letzten Schrei“ auf dem Gebiete der Bühnentechnik dar. Namentlich auf dem Gebiete der Lichteffekte wird die Pariser Oper vorzüglich von keinem anderen Opernhaus in Europa geschlagen werden können. Sie verfügt jetzt über eine Hochspannungsanlage von 2400 Kilowatt, die eine Lichtorgel stellt, die die größte betrieblige Anlage der ganzen Welt ist. Es lassen sich mit ihr alle nur gewünschten Lichteffekte erzielen.

Ferner ist die Bühne der Oper nach dem Muster der Frankfurter Oper mit einem sogenannten „Panorama“ ausgestattet worden, das jedoch noch ganz erheblich größer und vervollkommener ist als das in Frankfurt. Es handelt sich hier um einen gigantischen Kuppelhorizont von 28 Meter Höhe, der 20.000 Kilo wiegt. Damit haben endlich die gemalten Leinwand-Öltergründe als festsichere Deforamationen in der Pariser Oper für immer ausgespielt. Endlich wurde das Pariser Opernhaus mit den allermodernsten Feuerlöscheinrichtungen versehen, die bereits bei dem Brand im vergangenen September automatisch in Aktion traten und sich ausgezeichnet bewährten. Ihnen allein ist es zu verdanken, wenn damals das großartige Gebäude nicht gänzlich ein Raub der Flammen wurde.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Montag:

Frage, Sender I: 7: Salomondorfer, 10.05: Deutsche Presse, 12.10: Unterhaltungsmusik, 18.10: Deutsche Sendung Direktor Ják: Vortrag, 18.25: Heimat in zwei Schriftstücken, Dr. Paul Eider: Gemeinsame Gedichte, 18.45: Deutsche Presse, 19.10: Französisch-Kurs aus Brinn, 22.20: Tanzmusik. — Frage, Sender II: 14.15: Deutsche Sendung: Dr. Jemanel: Was muß der Kaufmann vom neuen Steuergesetz wissen? 14.30: Schallplatten, 14.50: Deutsche Presse, 18.10: Militärfonzert. — Brinn: 15: Rundfunkorchesterkonzert, 17.40: Deutsche Sendung: Jurdisch: Wörter über Ruff; Dr. Selinghaus: Mozart, Weber in Aufzeichnungen und Briefen. — Breßburg: 10.10: Rundfunkorchesterkonzert, 17.25: Weigenkonzert: Schubert. — Mähr.-Odrau: 18.10: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk. Kargis Kamler: Demokratischer Aufbau.

Dienstag:

Frage, Sender I: 7: Morgenmusik, 10.05: Deutsche Presse, 10.30: Schallplatten, 11.05: Rundfunk für deutsche Schulen, 12.10: Arien auf Schallplatten, 18.10: Deutsche Sendung: Chefdeklarator Albrecht: Wirtschaftliches Relief, 18.20: Kompositionen von R. Quella, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Deutscher Kulturbericht vom Tage, 22.20: Schallplattenkonzert. — Frage, Sender II: 14.15: Deutsche Sendung: Dr. Kabin: Orientalisches Sprachgut in der deutschen Sprache, 14.30: Adolf Husáks singt Lieder von Finkle und Jirák, 18: Hausmusik. — Brinn: 16.10: Populäres Konzert, 17.40: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk. Sozialinformationen: Paul Velgo: Der jugendliche Arbeiter. — Breßburg: 17.40: Klavierkonzert, 22.35: Tanzmusik. — Katschan: 11.05: Populäres Konzert, 12.35: Rundfunkorchesterkonzert. — Mähr.-Odrau: 15: Rundfunkorchesterkonzert, 17.30: Liederkonzert Marie Richter.

WIRTSCHAFT DER WELT

Belebung des Welthandels — das Hauptproblem

Mehrere Jahre hindurch kämpften die führenden Staaten der Welt gegen die allgemeine wirtschaftliche Depression. Die Hauptwaffe in diesem Kampfe ist die Abschließung des eigenen Landes gewesen: der Binnenmarkt wurde im wesentlichen der eigenen landwirtschaftlichen und industriellen Produktion vorbehalten. Zensuren, Einfuhrkontingente, Devisenbeschränkungen, Subventionen an bestimmte Wirtschaftszweige, Preispolitik — dies alles diente dem einen Ziele, nämlich der Abwehr der fremden Konkurrenz. Heute kann man eine gewisse Bilanz dieser verhängnisvollen Wirtschaftspolitik, die ja zum guten Teil weniger aus einem bösen Willen, als einer schicksalhaften Zwangsläufigkeit entsprang, ziehen. Die industrielle Weltproduktion befindet sich heute ungefähr auf dem Stande von 1929, während der Umfang des Welthandels noch etwa um ein Fünftel hinter jenem von 1929 zurückbleibt. Man kann heute in jedem Lande, nicht nur bei uns, in der Wirtschaft zwei entgegengesetzte Erscheinungen feststellen: einerseits kann man in den für den Binnenmarkt produzierenden Wirtschaftszweigen, insbesondere in der Landwirtschaft und auch in der Rüstungsindustrie, von einem bedeutenden Aufschwung sprechen, der sich bereits dem Gipfel nähert. Andererseits befinden sich jene Wirtschaftszweige, die vor allem von der Ausfuhr abhängen, noch immer in einem Zustande der Depression.

In den letzten Monaten scheint man in den maßgebenden Wirtschaftszweigen der ganzen Welt die Gefahren einer solchen Entwicklung einzusehen. Es mehren sich Anzeichen dafür, daß in der allerletzten Zeit von England oder von Amerika aus ein wichtiger Vorstoß in der Richtung der Belebung des Welthandels unternommen wird. Aber auch sonst beginnen zwischen verschiedenen Staaten Verhandlungen zwecks Abbaus der Handelsbeschränkungen. So sind in den letzten Wochen Verhandlungen zwischen den skandinavischen Staaten, geführt von Schweden, einerseits, und den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und andererseits angeknüpft worden, mit dem Ziel, die Vereinbarung von Oslo vom Jahre 1930 zu erneuern. Die Osloer Vereinbarung hat die vertragsschließenden Staaten lediglich dazu verpflichtet, die Zölle gegeneinander ohne gegenseitige Verzärtung nicht zu erhöhen. Aber auch dieser bescheidene Vorstoß in der Richtung des Freihandels konnte sich in der allgemeinen Atmosphäre der gegenseitigen Abspernung nicht auswirken und blieb tatsächlich lediglich auf dem Papier. Viel versprechender war die Vereinbarung von Dschuh von 1932 zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, die den Kern zur Herausbildung einer größeren Gruppe von Staaten mit freihändlerischer Tendenz abgeben sollte. Die Vereinbarung von Dschuh sah eine jährliche und gegenseitige Herabsetzung der Zölle während fünf Jahren vor, jährlich um 10 Prozent, mit dem Zweck, diese Zölle im Endergebnis um die Hälfte zu vermindern. Die Vereinbarung sollte allen Staaten offen sein. Aber auch die Vereinbarung von Dschuh hat ihr Ziel nicht erreicht und zerfiel vor allem am Widerstande von England, das um dieselbe Zeit durch die bekannten Vereinbarungen von Ottawa die wirtschaftlichen Bande innerhalb seines Weltreiches fester knüpfte. Ueberhaupt muß man feststellen, daß, obgleich die britischen Staatsleute mit den Ottawa-Vereinbarungen wahrscheinlich den Zweck verfolgten, den Abbau der Zölle in der ganzen Welt zu fördern, in Wirklichkeit gerade das Gegenteil eingetreten ist.

Gegenwärtig ist das Interesse der ganzen weltwirtschaftlichen Öffentlichkeit einerseits auf den Besuch der schwedischen Staatsleute in Brüssel und Haag gerichtet, andererseits ist vor einigen Tagen der englische Handelsminister, Runciman, nach einem längeren Aufenthalt auf Washington zurückgekehrt. Diesem letzteren Besuch wird in beiden angelsächsischen Ländern eine große Bedeutung beigemessen. Es handelt sich um nichts anderes als um den Abschluß eines englisch-amerikanischen Handelsvertrages. Diesem Handelsvertrag stehen allerdings große Schwierigkeiten in Gestalt der schon genannten Ottawa-Vereinbarungen entgegen, die bekanntlich den britischen Dominien bedeutende Zollleichterungen auf dem englischen Markt gewähren, während dafür die englischen Industriegüter sich einer Vorzugsbehandlung in den Dominien erfreuen. Die Amerikaner drängen nun auf eine vollkommene Gleichstellung der amerikanischen Waren mit den englischen auf allen Märkten des Britischen Reiches, dies würde aber natürlich zu einer Reduzierung der Beschlüssen zwischen London und den Dominien führen. Hier liegt überhaupt für London die Entscheidung, was ist vorteilhafter, den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen inner-

halb des Weltreiches weiter zu betreiben, sogar auf Kosten des Handels mit der ganzen übrigen Welt, oder aber das Schwergewicht des englischen Handels wieder auf die ganze Welt zu verlegen? Bei der Entscheidung dieser Frage, von der für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft vieles, ja fast alles abhängt, wird sich London, abgesehen von Erwägungen der inneren und der Reichspolitik, vor allem durch die Entwicklung in anderen wichtigen Ländern leiten lassen. Deshalb ist es interessant festzustellen, daß man in Frankreich sehr geneigt ist, das Steigen der Preise durch neue Erhebung des Zolltarifes und Erhöhung der Einfuhrkontingente zu hemmen. In den Niederlanden, der Schweiz und Belgien kann man in der allerletzten Zeit eine Tendenz zum vollkommenen Abbau der Einfuhrkontingente feststellen.

Wachstum der industriellen Produktion in verschiedenen Ländern

Die Entwicklung in verschiedenen Ländern ist nicht ganz gleichartig gewesen, aber man kann doch gewisse gemeinsame Züge feststellen. In der Mehrheit der Industriestaaten hat die wirtschaftliche Depression ihren Gipfel etwa um die Mitte von 1932 erreicht. Seit dieser Zeit zeigt sich in vielen Ländern, besonders in England und in anderen Staaten, die die Goldwährung in den Jahren 1931—32 beseitigt haben, ein Aufschwung, der in eine Hochkonjunktur übergeht. In anderen Ländern, besonders in jenen, die sich an die Goldwährung hielten, aber auch in der Tschechoslowakei, befindet sich die Wirtschaftsbelebung erst in den Anfängen.

In den letzten Monaten kann man eine rasche Steigerung der Weltpreise für industrielle Rohstoffe und Lebensmittel feststellen. Das ist eine natürliche Folge der Steigerung der Industrieproduktion in der ganzen Welt. Je größer diese Steigerung, desto größer ist auch die Nachfrage nach Industrierohstoffen und nach Lebensmitteln für die industrielle Arbeiterschaft. Die Erhöhung der Preise für Industriestoffe und Lebensmittel führt jedoch zwangsläufig zu der Erhöhung der Kaufkraft der überseischen Produzenten dieser Rohstoffe und Lebensmittel. Daraus ergibt sich wiederum eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Fertigwaren seitens dieser überseischen Produzenten. Dies ist die Ursache der bedeutenden Erhöhung des Welthandels, die nun in den nächsten Monaten allgemein erwartet wird. Sehr viel wird natürlich davon abhängen, ob die Bewegung für den Abbau der Zollmauern und der Handelsbeschränkungen sich durchsetzen wird. Darüber sprechen wir zu Beginn unserer heutigen Beilage. Aber an und für sich befindet sich heute die Weltwirtschaft auf jener Stufe der Entwicklung, bei der die Steigerung der industriellen Produktion zu einer Erhöhung der Umsätze des Welthandels führen muß.

Folgende Tabelle stellt die Entwicklung der industriellen Produktion in den wichtigsten Ländern in der Zeit zwischen 1929 und 1936 dar.

Französischer Kredit im Ausland und das französische Finanzproblem

Die französische Regierung hat vor etwa zehn Tagen eine 40-Millionen-Pfund-Anleihe bei den englischen Banken aufgenommen. Die Anleihe muß spätestens nach zehn Monaten zurückgezahlt werden, die Verzinsung beträgt 8 1/2 Prozent, was gegenüber der Verzinsung der vorjährigen französischen Anleihe in London eine Erhöhung um 1/2 Prozent bedeutet. Aus dieser Erhöhung des Zinsfußes läßt sich jedoch kein Schluß auf die Verschlechterung des französischen Kredites im Auslande ziehen. Allerdings wird in den maßgebenden Londoner Finanzkreisen ein Bedauern ausgesprochen, daß Frankreich gezwungen ist, wieder eine ausländische Anleihe aufzunehmen. Gleichzeitig erfreut sich jedoch die Regierung Blum in London eines großen Ansehens, ohne das ja die Aufnahme der Anleihe in England auf Schwierigkeiten stoßen würde. Aber man muß zugeben, daß die Kapitalflucht aus Frankreich noch immer nicht aufgehört hat und daß der Druck auf den Franken sich fortsetzt. Die Bank von Frankreich war sogar gezwungen, den Diskontsatz, der seit dem 14. Oktober 1936 auf 2 Prozent festgesetzt war, neuer-

Am 26. September 1936 haben die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien das berühmte Währungsabkommen geschlossen, das nur den Ausgangspunkt für eine engere Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten darstellen sollte. Als Währungsabkommen hat die Vereinbarung vom 26. September sich gut bewährt, aber wie jede Währungsmaßnahme, bewegt sich auch das englisch-französisch-amerikanische Abkommen in engen Grenzen. Das Schicksal des Währungsausgleiches, das gleichmäßig in London, Washington und Paris angestrebt wird, hängt davon ab, ob es diesen drei entscheidenden Wirtschaftsmächten gelingt, den Währungsausgleich durch eine weitgehende Handelsvereinbarung unterzubauen. Denn schließlich kommt alles darauf an, ob die Wirtschaftspolitik der Welt sich auf das alte Wort des großen amerikanischen Staatsmannes, Benjamin Franklin, besinnen: „Keine Nation ist jemals durch den Handel ruiniert worden.“ Durch die unernünftige Politik dagegen, die im engsten Zusammenhang mit dem Weltkrisen steht, läuft die Welt Gefahr, in eine Sackgasse zu geraten, aus der es keinen Ausweg geben wird.

Entwicklung der Industrieproduktion in den wichtigsten Ländern 1929—1936

Verhältniszahlen 1929 = 100

	1932	1935	1936*
Österreich . . .	64.3	79.6	83.2
Belgien . . .	69.1	80.6	78.3
Kanada . . .	58.1	81.3	87.5
Chile . . .	87.0	120.1	125.4
Tschechoslowakei . . .	63.5	69.9	77.6
Dänemark . . .	91.0	121.0	124.7
Frankreich . . .	68.8	67.4	70.4
Deutschland . . .	58.3	94.0	105.0
Griechenland . . .	100.9	140.7	131.0
Ungarn . . .	76.9	76.9	127.4
Italien . . .	66.9	91.8	—
Japan . . .	97.8	141.8	146.9
Norwegen . . .	92.7	105.1	113.9
Niederlande . . .	62.3	66.3	68.7
Polen . . .	53.9	66.4	71.4
Spanien . . .	88.4	86.0	—
Großbritannien . . .	83.5	105.7	114.1
Verein. Staaten . . .	53.8	75.6	80.9
Sowjetunion . . .	183.4	203.4	362.3

Aus dieser Tabelle ist die allgemeine Richtung der Entwicklung klar ersichtlich. Das Jahr 1932 stellt fast ausnahmslos für alle Länder den niedrigsten Punkt der wirtschaftlichen Depression dar. Dabei muß man zwischen mehr und weniger „krisenfesten“ Ländern unterscheiden. Dieser Unterschied hat mit der Wirtschaftskraft eines Landes an und für sich wenig zu tun. Am wenigsten krisenfest haben sich, zum Beispiel, solche hochentwickelte Industriestaaten wie Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika erwiesen, in denen die Industrieproduktion im Jahre 1932 fast um die Hälfte gegenüber 1929 zurückgegangen ist. Demgegenüber erwiesen sich solche kleine und vorwiegend agrarische Staaten wie Dänemark und Norwegen als sehr krisenfest. Ueber die Entwicklung seit 1932 ist eingangs bereits gesprochen worden.

* Der Index der Industrieproduktion für 1936 beruht für die meisten Länder auf einer Durchschnittsberechnung für zehn Monate. Bei einigen Ländern sind es neun, bei anderen elf Monate.

voller Offenheit die schwierige finanzielle Lage Frankreichs ausgegeben hat und mit großer Energie nach Abhilfe sucht.

Bei dem Regierungsantritt des Kabinetts Blum hat der kurzfristige Kredit, den die Bank von Frankreich an die Regierung gewährt hat, 12 1/2 Milliarden Francs erreicht. Nach dem neuen Bankgesetz darf die Bank von Frankreich dem Schatzamt höchstens 10 Milliarden Francs kurzfristig vorstrecken. Früher ist die Vorstreckung unbegrenzt gewesen. Dafür hat jetzt das Schatzamt das Recht, kurzfristige Schatzscheine bis zur Höhe von 20 Milliarden Francs auszugeben. Zu Beginn dieses Jahres verfügte die Regierung noch über eine Vorstreckungsmöglichkeit bei der Bank in der Höhe von 4.6 Milliarden Francs und konnte noch für 5.6 Milliarden Francs kurzfristige Schatzscheine ausstellen. Im ganzen also hat die Regierung Blum zu Beginn dieses Jahres über einen unausgeschöpften kurzfristigen Kredit von 10.2 Milliarden Francs verfügt.

Seit dem Regierungsantritt bis zum 30. Dezember 1936 mußte die Regierung Blum, abgesehen von der Finanzierung des ordentlichen Haushaltes, eine Summe von 15.4 Milliarden Francs verausgaben. Hierin sind vor allem die Tilgung der ersten englischen Anleihe sowie die außerordentlichen Ausgaben für die Aufrüstung enthalten, außerdem die Vorstöße an die Eisenbahngesellschaften und an die Lokalverwaltungen.

Für das Haushaltsjahr 1937 rechnet der Finanzminister Aurioi mit einem Defizit von 4.6 Milliarden Francs für den ordentlichen Haushalt. Diesmal wird wohl das Defizit nicht überschritten werden, obwar dies während aller Krisenjahre der Fall gewesen ist. Als sehr günstiges Anzeichen erscheint die Tatsache, daß in den letzten Monaten die Staatseinnahmen die Voranschläge wesentlich überschritten haben. Diese Ueberschreitung der Einnahmenvoranschläge wird im Verlaufe des weiteren Wirtschaftsaufschwunges sich noch steigern, so daß man seit dem rechnen kann, daß das Defizit von 1937 die oben genannte Differenz von 4.6 Milliarden Francs nicht überschreiten wird. An und für sich muß man überhaupt diese Differenz als nicht übermäßig ansehen, wenn man in Betracht zieht, daß Frankreich jetzt erst aus einer schweren wirtschaftlichen Krise herausgekommen ist.

Aber abgesehen von dem ordentlichen Haushalt, der für 1937 mit einem Defizit von 4.6 Milliarden Francs veranschlagt wird, müssen noch Mittel für die Deckung des außerordentlichen Haushaltes gefunden werden. Es handelt sich hier um folgende Summen:

Voranschlag für die Ausgaben des außerordentlichen französischen Haushaltes für 1937

(in Milliarden Francs)

Außerordentliche Rüstungsausgaben und öffentliche Arbeiten . . .	13.6
Finanzierung der Pensionskasse für Kriegsteilnehmer . . .	2.2
Tilgung von Anleihen . . .	3.3
Vorstöße an die Lokalverwaltungen . . .	12.3
Summe . . .	31.8

Zu dieser Summe muß noch das Defizit des ordentlichen Haushaltes im Betrage von 4.6 hinzugerechnet werden, so daß der Finanzminister insgesamt 36.0

Milliarden Francs außerhalb des ordentlichen Haushaltes für das Jahr 1937 finden muß. Diese Summe von rund 36 Milliarden Francs ist natürlich sehr beträchtlich, aber sie liegt erheblich unter jenen phantastischen Rechnungen, die in der letzten Zeit der französischen Öffentlichkeit in offenbar böswilliger Absicht der Kompromittierung des nationalen Kredites von der sogenannten „patriotischen“ Presse vorgelegt wurden. Dabei muß man bedenken, daß die meisten von diesen Ausgaben bereits vor dem Regierungsantritt Blums festgesetzt wurden. Außerdem sind die 36 Milliarden, die die Regierung Blum—Aurioi für 1937 aufstreifen muß, nicht um vieles größer als man es in den letzten Krisenjahren gewohnt war. Vor allem muß im Auge behalten werden, daß das Finanzjahr 1937 für die französische Wirtschaft ein imbruchsjaahr ist und daß, abgesehen von den Rüstungsausgaben, die meisten übrigen Ausgaben einen verbenden Charakter tragen, das heißt den Übergang der französischen Volkswirtschaft aus der Depression in den Aufschwung fördern und stützen sollen.

Großstand der Kunst- und Metallverarbeitung. Nach soeben veröffentlichten Statistiken belief sich die Kunst- und Metallverarbeitung der Welt im Jahre 1936 auf 1023 Mill. Dfl. gegen 930.9 Mill. 1935 und 788.3 Millionen 1934. Die Führung in der Erzeugung hat Japan mit 285 vor den USA mit 278 Millionen Dfl. übernommen. In Europa führt England mit 116.8 Millionen Dfl. vor Deutschland mit 112 und Italien mit 88 Millionen Dfl.

Nationale Befriedung und Bodenreform

Restgutbesitzer Vraný gegen die deutschen Kleinbauern

Die Aktion der aktivistischen Parteien, die auf eine Verbesserung des nationalpolitischen Zusammenlebens abzielt, hat auch in Kreisen der deutschen Landbevölkerung großes Interesse hervorgerufen. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Verhältnisse richten sich nicht nur auf die Gebiete der Sprachenfrage, der Schule und des Arbeitsplatzes, sondern vielfach auch auf dasjenige der Bodenreform.

Nach Kriegszusammenbruch und Gründung der Tschechoslowakischen Republik lebten große Teile der deutschen Landbevölkerung ihre Hoffnungen auf eine Neuverteilung der Bodenbesitzverhältnisse. Diese Hoffnungen wurden auf das Schwere enttäuscht bei der praktischen Durchführung der Bodenreform-Gesetze. Nach dem Beschlagsnahmengesetz standen rund vier Millionen Hektar Grund und Boden zur Disposition der Bodenreform, davon 1,3 Millionen Hektar nur landwirtschaftlicher Boden. Von diesem Ausmaß wurden etwa 1.700.000 Hektar aus der Beschlagsnahme freigegeben, 799.000 Hektar im Kleinverteilungsvorgang am 27.9.32 Bewerber zugewiesen und außerdem 2254 Hektar mit 222.000 Hektar gebildet und an 1067 Restgutbesitzer vergeben und für „andere Objekte“ 733.000 Hektar zugewiesen. Was unter „andere Objekte“ zu verstehen ist, kann man leider aus keiner Statistik entnehmen, noch weniger aber gibt eine Statistik Aufschluß darüber, wieviel Grund und Boden vor dem bisher zugewiesenen Ausmaß von rund 1.030.000 Hektar den deutschen Bewerbern zugewiesen wurde.

Insofern Schätzungen und provisorische Zählungen auf deutscher Seite bisher vorgenommen wurden, kamen diese zu dem Resultat, daß die deutschen Bodenbewerber ungefähr 70.000 Hektar erhalten haben, das sind etwa 14 Prozent von dem gesamten verteilten Boden.

Dieben entfallen etwa 6000 Hektar auf Waldgüter, den deutsche Gemeinden und Bezirke erhielten und ungefähr 1000 Hektar auf Restgüter, die an Deutsche verteilt wurden, so daß auf deutsche Kleinbewerber nur 61.000 Hektar entfielen. Hierzu ist noch zu erwähnen, daß mehr als zwei Fünftel des beschlagsnahen bzw. verteilten Grund und Bodens in den deutschen Gebieten liegt.

Aufreizend für die deutsche Bevölkerung war die systematische Durchsetzung des deutschen Viehdiebs mit außerordentlichen Restgutbesitzern.

In den deutschen Randgebieten sitzen Tausende von Kleinbauern und Häusler, die nach einem Stückchen Grund und Boden hungerten, sie mußten zusehen, wie irgendein Mensch, der keine blasse Ahnung von der Landwirtschaft hatte, ihnen den Boden vor der Nase wegnahm. Gewöhnlich hatte dieser Restgutbesitzer auch noch die Aufgabe, für die Errichtung einer tschechischen Schule, womöglich mit deutschen Kindern, zu sorgen, was die Erbitterung in den deutschen Randgebieten zweifelslos noch steigerte. Noch über war die Auswirkung in wirtschaftlicher Hinsicht. Hunderte Restgutbesitzer verdrängten, oder benutzten den zugewiesenen Grund und Boden zu Spekulationszwecken. Man schätzt heute die vor dem Krieg sicheren Restgüter nahezu auf 1000. Hat doch der ehemalige Bodenamtspräsident Vozenil seinerzeit selber erklärt, daß etwa 45 Prozent dieser Güter in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, und dies, obwohl die meisten von ihnen den Grund und Boden zu einem Spottpreis erwarben. Wenn man heute in die Provinz kommt, so erfährt man

Schandergeschichten über das wirtschaftliche Treiben einzelner Restgutbesitzer.

So gab es vor einigen Jahren im Pilsener Gebiet einen Besitzer mit 90 Hektar, der nur ein Pferd und zwei Kühe als Viehstand aufzuweisen hatte und die Bedachung seiner Wirtschaftsgebäude für Brennholz benützte. Im Staaber Gebiet ist ein Restgutbesitzer mit 150 Hektar bestem Grund und Boden. Er besitzt nicht einmal eine Hackmaschine und besorgt sich von den Dorfnachbarn Kohle für Heizzwecke. Im Weiserer Gerichtsbezirk ist ein Restgut, wo jetzt mitten im Fenne die ganze Neuerte noch auf den Wiesen liegt. Der Besitzer bekommt keine Arbeiter mehr, denn die angeblichen Schuldzinsen bleibt er den Leuten schulden. Zu jeder Saisonarbeit fordert er vom Landesarbeitsamt slowakische Arbeiter an die nach wenigen Tagen im Bezirk mit ihren Familien bettelnd herumziehen und erzählen, daß sie nicht nur keinen Lohn bekommen, dafür aber geprügelt wurden. Die Frau eines slowakischen Arbeiters wollte der Besitzer sogar vergewaltigen. In dieser Sache läuft noch eine Strafanzeige. Im Bezirk Podersam wurde einem Kapitän ein Restgut um 400.000 Kč zugewiesen. Aus dem Wald allein gewann er eine Million Kč, dann verkaufte er die Hälfte des Besitzes, etwa 150 Hektar, um 500.000 Kč seinem Bruder. Dieser zog aus dem bei diesem Teil verbliebenen Wald wiederum 600.000 Kč heraus und verkaufte dann das Gut an einen Dritten um eine halbe Million. Der neue Besitzer stand vor einigen Jahren vor dem wirtschaftlichen Ruin, ein Angehöriger des Besitzers berübte Selbstmord, nachdem er sein ganzes Geld in den Besitz hineinsteckte und verlor.

Die „Deutsche Landpost“ hat sich vor kurzem mit diesen Zuständen befaßt und spricht in einem Leitartikel davon, daß noch immer mit verdeckten Mitteln Bodenreform gemacht werde. Sie meint in bezug auf die Restgutbesitzer, der „neue demokratische Adel“ habe heute zum großen Teil Geld-

leuten, Politikern und gewöhnlichen Bodenspekulanten Platz gemacht. Sie stellt weiter die altbekannte Tatsache fest, daß die Zahl der selbständigen deutschen Landwirte trotz der Bodenreform um mehr als 3000 gesunken ist. Diese Kritik der „Landpost“, die nur das wiedergibt, was die deutschen Sozialdemokraten vor Jahren immer wieder aufgezeigt haben, hat den Chefredakteur des tschechischsprachigen „Venov“, Senator Vraný, aus seiner Ruhe aufgeschreckt. Er kann sich dabei nicht enthalten, auch auf den Minister Cech und die deutschen Sozialdemokraten Steine zu werfen. Als Anlaß dient ihm dazu die letzte Konferenz der Parteivertreter, die sich ausführlich mit dem Unterhaltungsproblem beschäftigte, wobei angeblich kein Wort für die Kleinbauern gefallen sei, während die Partei bei allen Wahlen als Beschützerin der Kleinbauern aufträte. Mit nichten, Herr Vraný! Nicht bei den Wahlen tritt sie als Beschützerin auf, sondern in den Zeiten ihrer parlamentarischen Tätigkeit und wird bei der Vertretung kleinbäuerlicher Interessenfragen stets von den tschechischen Agrariern à la Vraný mit allen erdenklichen und unerdenklichen Mitteln gehindert. Warum setzt sich Vraný nicht dafür ein, daß die Beschlässe des landwirtschaftlichen Ausschusses im Parlament, die Ende 1935 gefaßt wurden und ausschließlich Forderungen zugunsten der Kleinbauern und Häusler enthalten und an deren Zustandekommen gerade die deutschen Sozialdemokraten ihren erheblichen Anteil haben, verwirklicht werden.

Aber Vraný denkt ja gar nicht an die Kleinbauern und deren Sorgen, wenn er von ihnen redet. Sie bilden für ihn nur das demagogische Mittel, seine und seiner Anhänger wahren Absichten zu verdecken. Er fühlt sich getroffen durch die Polemik über die Bodenreform und lenkt auf die Entschuldung ab, die das einzige Mittel sein soll, um die deutschen Kleinlandwirte zu retten. Zweifellos ist sie sehr wichtig und Herr Senator Vraný kann sich im Landwirtschaftsministerium die Vorschläge einholen, die die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Kleinlandwirte in bezug auf

eine Schuldenregelung dort überreicht haben. Diese Forderungen verlangen nämlich gerade die Beseitigung der unhaltbaren Zustände, wie sie die Agrarparteien durch die Schuldenregelungsgesetze herbeigeführt haben.

Wie kennen auch die Schmerzen der Herren um Vraný. Eine Bauernbank oder zumindestens ein Hilfsfonds, natürlich von den Agrariern verwaltet, soll für sie das Mittel oder besser gesagt, die Rettung werden, mit der man der tschechischen Agrarpartei wiederum Mitglieder zutreibt bzw. die rebellierenden Kleinbauern bei ihnen erhalten kann. Eine Diskussion über die Bodenreform ist ihnen unangenehm und Vraný tut sie damit ab, daß angeblich im Jahre 1921 60.000 deutsche Kleinbauern „beinahe umsonst mit Grund und Boden bereift worden seien“. Mit nichten, Herr Vraný! Erstens haben damals bei der Verteilung langjähriger Pachtgründe, wobei es um 100.000 Hektar ging, die deutschen Kleinbauern und Häusler genau den ihnen gebührenden Anteil nach dem nationalen Schlüssel erhalten, nämlich rund 30.000 Hektar, während bei der späteren Verteilung, wobei es um eine Million Hektar ging, die deutschen Kleinbauern und Häusler nurmehr 2 1/2 Prozent, also nur 25.000 Hektar, erhielten. Zweitens haben die deutschen Kleinbauern einen durchschnittlichen Preis von 1500 Kč per Hektar bezahlt, während die Restgutbesitzer den Grund und Boden um 800 bis 1000 Kč erhielten, und zwar besser Qualität. Und wenn der Chefredakteur des „Venov“ von der Bodenreform gar so sehr auf die Entschuldung ablenken will, so lassen wir schon, wohin da der Nase läuft. Es geht um nichts weniger, als eine

Entschuldung für die verdrängten Restgutbesitzer zu erreichen, damit sie, unterstützt durch Staatsgelder, von vorne anfangen können, nämlich zum Schuldenmachen. Der Trick ist zu albern, um nicht genug durchsichtig zu sein. Eine hinreichende Schuldenregelung für die Kleinbauern und Häusler ist notwendig, und für eine solche Aktion werden die deutschen Sozialdemokraten jederzeit zu haben sein. Ebenso notwendig aber ist, daß mit dem Restgutverkauf einmal aufgeräumt werden muß. Wer es ehrlich meint mit einer Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen, wird diesem Verlangen nur beistimmen.

Die k. k. böhmische Polizei und Friedrich Engels

Von Ernst Czuczka (Prag)

Nach der Niederwerfung der revolutionären Bewegungen in den Jahren 1848 und 1849 überwachten die Behörden sehr ängstlich das Verhalten der Bevölkerung. Überall witterten sie Verschwörungen und Aufstände. Bei den Geistesrichtschreibern hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß in der der achtundvierziger Revolution folgenden Reaktionszeit ein politischer Stillstand eintrat, niemand habe es ernstlich gewagt, den herrschenden Gewalten entgegenzutreten, und jegliche Lust für die Verbreitung demokratischer und sozialistischer Ideen sei vorläufig erloschen. Auch Emil Strauß*) läßt die Anfänge der Sozialdemokratie erst mit 1860 beginnen und betont, daß erst durch die Lassalliche Agitation auch in Oesterreich und damit auch in Böhmen die Arbeiterbewegung entstanden sei. Demgegenüber muß bemerkt werden, daß schon viel früher als Lassalle Friedrich Engels die deutschen und tschechischen Arbeiter unserer Heimat ein wenig beeinflusste. Arbeiter, die etwas von den Lehren Friedrich Engels' kannten, dürften aus Deutschland nach Böhmen gekommen sein. Ein Beispiel**) der Prager Stadthauptmannschaft meldete, „daß Ausländer unter dem Deckmantel von Wanderbüchern, ohne Handwerker zu sein, sich hier

im Interesse des Arbeitersozialismus im geheimen herumtreiben und sich mit Prosclitenmachern abgeben“. Man zog Erkundigungen über die Anhänger dieses „Arbeitersozialismus“ ein. Alle Herbergen, die von Handwerksgehilfen und Arbeitern besucht wurden, mußten sich jetzt eine strenge Kontrolle gefallen lassen. Endlich vermutete die Polizei, daß die Sozialisten in den Werkstätten der Eisenbahnen mit dem Arbeitspersonal zusammen kämen. „Es ist eine bekannte Tatsache“, schrieb der untersuchende Polizeibeamte, „daß Eisenbahnen allenthalben die Zufluchtsorte von Individuen bilden, die eine geschärfte Wachsamkeit und strenge Aufsicht erfordern. Ich unterlasse deshalb nicht, mein Augenmerk dahin zu richten und mit der Betriebsdirektion das nötige Einverständnis zu pflegen. Uebrigens werden häufige Visitationen in den Herbergen und sonstigen Schlafswinkeln vorgenommen, wo sich derlei Leute aufzuhalten pflegen, und Individuen, die nicht in gehöriger Ordnung sind, der vorschriftsmäßigen Amtshandlung unterzogen und abgeschafft, wie es beinahe täglich vorkommt.“

Die böhmische Staatshalterei forderte die Betriebsdirektion der Staatsbahn in Prag auf, politische Agenten der teils aufgelösten, teils noch bestehenden Handwerkervereine des Auslandes nachzuziehen. Besonders betont wurde von der Staatshalterei, daß sich diese Personen unter der Maske von Arbeitern herumtrieben, um die Arbeitererschaft zur Unzufriedenheit aufzustacheln und in „sozialistisch-kommunistischer Tendenz“ aufzuwiegeln. Vor allem sollten keine Arbeiter aufgenommen werden, deren Ausweispassiere nicht in Ordnung und die weder bei der Ortsbehörde ge-

*) Emil Strauß, Die Entstehung der deutschen böhmischen Arbeiterbewegung, 1925, S. 66 und 67.
**) Archiv des Ministeriums des Innern, 1851 C—e 3, Nr. 2475, Prag, 17. September 1851.

meldet, noch mit den entsprechenden Aufenthaltstarifen versehen seien. Es möge sogleich eine genaue Revision des Eisenbahnpersonals vorgenommen werden. Sollten Verdächtige aufgegriffen werden, seien deren Namen der Prager Stadthauptmannschaft unter Angabe des Wohnortes bekanntzugeben, „um das Einschleichen staatsgefährlicher Fremdlinge möglichst zu verhindern und ihren etwaigen Untrieben auf die Spur zu kommen“.

Darauf wurden von der Eisenbahndirektion bei der Platinpetition, dem Staatsbahnamte, dem Materialdepot und in den Maschinenwerkstätten die angeordneten Revisionen vorgenommen. Das Polizeikommissariat verfaßte ein Verzeichnis aller Arbeiter und ordnete auch an, daß vor Neuaufnahmen jeder Arbeiter und Angestellte sich bei ihm melden müsse. Diese Verfügungen wurden von der Stadthauptmannschaft in einem Schreiben vom 11. Dezember 1851 in nachfolgender Weise begründet:

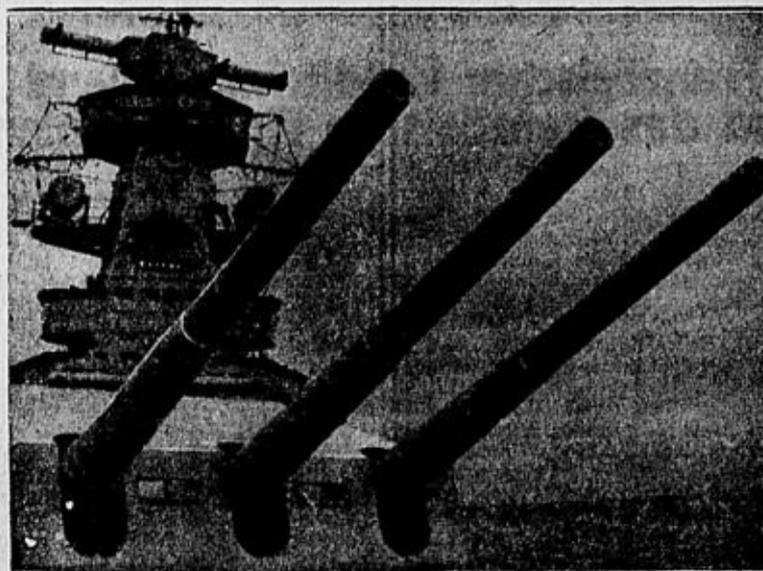
„Um der löbl. k. k. Betriebsdirektion die Ueberzeugung zu verschaffen, wie notwendig es im wechselseitigen Interesse ist, strenge Justiz und Disziplin unter den Arbeitern überhaupt, namentlich aber in Anstalten zu halten, wo eine bedeutende Anzahl solcher Individuen beisammen lebt, daher leichter die Gelegenheit sich darbietet, durch die fortwährende Berührung verderblicher Grundzüge im sozialistisch-demokratischen Sinne unter die erwähnte Volksklasse zu bringen, teile ich der löbl. Betriebsdirektion den beliegenden mir im geheimen Wege zugeworbenen Auszug aus einem angeblichen Werke von Fr. Engels über die Lage der arbeitenden Klasse in England mit, welcher Auszug von dem Schlossergesellen Anton Slavaczek bei der Eisenbahn anderen Individuen seiner Kategorie mitgeteilt worden sein soll.“

Die Stadthauptmannschaft wußte nicht, wer das Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England geschrieben hatte. Sie nannte den angeblichen Verfasser Fr. Engl. Aber für die Geschichte der deutschen und tschechischen Arbeiterbewegung überaus wichtig war das behördliche Befehndnis, daß es in Prag Arbeiter gab, die etwas von Engels wußten. Aus seiner Schrift, die die Zustände des englischen Proletariats in den schrecklichsten Farben schilderte und in der der Beginn der revolutionären Erhebung der Massen gegen das Kapital verknüpft wird, machten sich Arbeiter Auszüge. In Prag, wo der Ausnahmezustand herrschte, verbreiteten sie diese Auszüge, — und dazu gehörte nicht wenig Mut. Der Auszug aus Engels' Buch war schon durch zahlreiche Arbeiterhände gewandert, war daher ganz abgegriffen, ehe er einem Polizeiposten zufiel. Die Stadthauptmannschaft mußte darauf die Abschrift des Auszuges neu anfertigen lassen. Dieser bezog sich auf die theoretischen Ergebnisse der Engels'schen Schrift. Am meisten ärgerte sich die Behörde darüber, daß Engels den Unternehmern den Dampf aller unterdrückten Arbeitssklaven androht. Daher meinte die Prager Stadthauptmannschaft: „Die in diesem Auszuge ausgesprochenen Grundsätze und Lehren zielen offenbar dahin, unter der Maske der Hilfsarbeiter Unzufriedenheit mit ihrem Schicksal zu erzeugen und sie gegen reiche Fabrikbesitzer aufzuwiegeln.“ Sollte sich Slavaczek der geistige Führer dieser revolutionären Bewegung, wirklich bei der Eisenbahn befinden, so sollte gegen ihn sogleich geamtet werden. Er habe die Lehren Engels unter seinen Genossen verbreitet. Er solle sich auch geäußert haben, den gedachten Auszug in der Reichensmühle bei St. Gall erhalten zu haben. Man müsse ihn verhören, um rechtzeitig die Revolution im Keime zu ersticken.

Ohne viel zu überlegen, glaubte die Stadthauptmannschaft alles, was ihr von den Polizeispitzeln zugetragen wurde. Unter St. Gall meinte sie sicher St. Gallen. Es stellte sich aber heraus, daß Anton Slavaczek nie St. Gallen oder St. Gallen besucht hatte. Er war aus Großlejan im Karolinentaler Bezirk gebürtig, hatte ein Wanderbuch der Bezirksstabschefmannschaft Karolinentals vom 28. März 1851 mit zweijähriger Geltungsdauer, kam nicht aus der Schweiz, sondern erst im September aus Mähren nach Prag und stand nur vorübergehend in den Eisenbahnwerkstätten in Arbeit. Er fand bei einem Prager Schlossermeister Beschäftigung. Nach dem Urteil des Polizeikommissärs verstand er nur wenig deutsch, konnte weder lesen noch schreiben und besaß weder von Fr. Engels noch von der Reichenschule bei St. Gall eine rechte Vorstellung. Es konnte nicht von dem Polizeikommissär sichergestellt werden, wer den Auszug über Engels in die Werkstätten gebracht habe.**) Am Schlusse seines Berichtes an den Stadthauptmann gab der Polizeikommissär an: „Ich erlaube mir noch gehorsamst die Bemerkung beizufügen, daß die Gesellen in den hierortigen Maschinenwerkstätten täglich 50 bis 17.20 Kr. C. M. sich verdienen, mithin zufrieden und nicht leicht zu befürchten ist, daß sie sich zu revolutionären Untrieben verleiten lassen werden.“

Die Begründung des Polizeikommissärs war sehr oberflächlich, da er nur die besser gestellten Gesellen, aber nichts von den notleidenden Arbeitern erwähnte. Diese wurden jedoch vom Prager Stadthauptmann als Anhänger der sozialistischen Grundzüge verdächtigt (s. o.), deshalb wurden sie selbst noch strenger überwacht und namentlich auf fremde Handwerkerstellen Jagd gemacht, um die Ausflutung der Prager Arbeiterschaft zu verhindern.

**) Bericht vom 28. Dezember 1851.



Hitlers Beitrag zur Befriedung

Drohend sind die 28-Zentimeter-Kanonen des „Graf Spee“ gegen Spaniens Küste gerichtet. Durch ihren Mund spricht Hitler zur europäischen Demokratie!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Um die Kohlenwirtschaft

Es ist wohl ohne Zweifel, daß die Wirtschaftspolitik des vergangenen Jahres wesentliche Fortschritte erzielte. Nicht nur, daß dadurch die Arbeitslosen Zahl bis unter den Stand jener des Jahres 1932 zu stehen kam, konnten zahlreiche Betriebe wieder volle Beschäftigung erzielen. Freilich ist dieser Konjunkturaufstieg verknüpft mit der politischen Weltlage — deren Folge ungeheure Rüstungs- und Verteidigungsmassnahmen auslöste — und bedingt an die Dauer dieses, von Unsicherheit durchfurchten Zustandes.

Noch abgesehen davon, hat der Wirtschaftsaufstieg nicht die gesamte Industrie erfassen können. Neue Produktionszweige, die in irgendeinem Zusammenhange mit den Bedürfnissen zu diesen Maßnahmen stehen, konnten aus dieser Konjunktur Vorteile erzielen; große Erzeugungszentren wie Glas- und Keramikindustrie und nicht zuletzt der Bergbau, stehen nach wie vor unter den Auswirkungen der Wirtschaftskatastrophe.

Die Kohlenproduktion unseres Staates ist über ganz minimale Steigerungen der Förderleistung — deren Folge am Arbeitsmarkt nicht wahrnehmbar wurde — nicht hinausgekommen. Auch die Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten blieb unberührt. Nach wie vor bilden Wertschöpfungs- und wachsende zwei bis drei eingelegte Kreisläufe die Merkmale dessen, daß die Kohlenwirtschaft unter dem Namen der Wirtschaftskrise steht. Diese Tatsachen kennzeichnen — neben den allgemeinen — am besten die tiefen Ursachen der Krise im Kohlenbergbau.

Das einst zur Seele der Industrie gestempelte Rohprodukt hat mit dem Siegeszug der Wissenschaft und Technik — deren Quelle des Aufstieges es gewesen — an Verwendungsmöglichkeiten ungeheuer verloren. Neue Kraftquellen, die im Laufe der Zeit erschlossen wurden, drängen die Energien, die sich aus der Kohle entwickelten in den Hintergrund und beherrschen die Kraftlieferungen an die Produktionsstätten. Über 100.000 Bergarbeiter unseres Staates durchschrittten dadurch Jahre voll Entbehrungen und leben, erfüllt mit banger Sorge um ihre Existenzmöglichkeiten, der Zukunft entgegen.

Die Tschechoslowakei mit ihrem Kohlenreichtum und einer Produktion, die schon in den Vorkriegsjahren Absatzmärkte im Ausland suchen mußte, ist durch die wirtschaftliche Entwicklung ihres Kohlenbergbaues besonders in Mitleidenschaft gezogen. Mehr als ein Drittel der einst im Bergbau beschäftigten Menschen wurde seit dem Jahre 1929 aus den Betrieben ausgereißt.

Die Folgen dieses Zustandes belasten nicht nur die betroffenen Menschen, die hier um den Lebenserwerb kämpfen, sondern — vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gesehen — bedeutet die Einschränkung eine ganz beträchtliche Verminderung der Einnahmen für die Staatsinteressen an Steuern, Bahnfrachten u. dgl. Von besonderer Art ist die Situation in den Braunkohlenrevieren. Hat sich Produktions- und Vertriebsstand des Saar- und Rastattener Gebietes seit dem Nachkriegsjahren katastrophal entwickelt, so sind die Folgen, die diese Entwicklung im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier annehmen, nicht minder schwer. Von 30.844 hier beschäftigten Bergarbeitern des Jahres 1921 fanden im Jahre 1930 nurmehr 20.974 in den Betrieben. Die Beschäftigungszeit von einst sechs Schichten der Woche sank dazu noch auf etwa vier wöchentliche Arbeitstage. Die jährliche Produktion von 21.335.128 Tonnen auf 12.066.841 Tonnen.

Diese Ziffern veranschaulichen die furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskatastrophe, die den Bergbau im allgemeinen und die Braunkohlenreviere im besonderen befallen hat.

Es ist klar, daß der Konjunkturaufstieg, der im Vorjahre zu verzeichnen war, diese Produktionslagen nicht zu fortigeren vermochte, vielmehr dringt daraus die Überzeugung, daß es bei den gegebenen Verhältnissen und dem verminderten Absatz, den die Kohle als energiegelender in der Industrie einnimmt, durch eine konjunkturelle Besserung der Wirtschaft nicht wieder in dem Maße gebessert werden kann, um die Wirtschaftszahlen vor dem Beginn der Krise zu erreichen.

Daraus erwächst den Wirtschaftspolitikern eine besondere Aufgabe, die gipfelt muß in dem Bestreben, der Kohle wieder gesteigerte Verwendungsmöglichkeiten zu erschließen. Der Forschungsdrang der Technik und Wissenschaft hat längst das Problem gelöst und bezeugt, daß aus dem schwarzen Rohprodukt eine Quelle unschätzbaren Werte zu gewinnen möglich ist. Eine Intensivierung der Bestrebungen aus der Kohle, die in ihr verborgenen Produkte wie Licht- und Schwerverde u. a. m., zu erschließen, wird den Kräftebedarf der Kohlenwirtschaft um vieles abzurufen. Dies um so mehr, da dem Konkurrenzprodukt, das der Kohle in vielen Betrieben die Nutzung ihrer Kräfte nahm — dem Erdöl — doch eine beschränkte Dauer beschieden ist, während der Kohlenreichtum der Welt um ein Vielfaches mehr beträgt, so daß doch, gezwungen durch den Umstand der immer knapper werdenden Oelgewinnung doch letzten Endes zur synthetischen Bearbeitung der Kohle geschritten werden muß, um Ersatz für das flüchtige Rohprodukt zu erhalten. Hat die Wissenschaft im Verein mit der Technik im Laufe des letzten Jahrzehnts schier unüberwindliche Probleme gelöst, Erzeugungen der

Kriegs- und Abwehrtechnik in ungeahnten Formen entstehen lassen und dadurch die Dynamik der politischen Spannungen der Welt nur noch ungeheuer verstärkt, mühte es um so mehr gelingen, bei Aufwand desselben Willens und der gleichen Energie das Problem der ausgiebigsten Kohlenverwertung weiterzutreiben. Dies um so mehr, da dadurch der Menschheit im allgemeinen und der Volkswirtschaft im besonderen der beste Dienst erwiesen würde.

Daß diese Zukunftsaufgaben begründet sind, bezeugen die Zahlen, mit denen berufene Geologen das Kohlenvermögen der Welt abschätzen und wieder andere dem Verliegen des Erdöls die Frist bestimmen.

So betragen die Steinkohlenvorräte der Welt nach den Angaben des 12. Geologenkongresses zu Toronto und nach den nachträglich erfolgten Ergänzungen im Jahre 1935 327 Milliarden Tonnen, deren Auffahrung bereits in Angriff genommen, die also als sicher anzunehmen sind, während die wahrscheinlichen Vorräte auf 4.584 Milliarden geschätzt werden. Das Braunkohlenvermögen wird mit 401 Milliarden Tonnen als sicheres und 2.880 Milliarden Tonnen als wahrscheinliches angenommen. Diese Berechnungen lassen erkennen, daß die Kohlenvorräte, gemessen an dem jährlichen Bedarf, noch tausende Jahre ausreichen.

Anderes dagegen ist die Frist, die dem Ende der Erdölgewinnung gesetzt wurde. Nach den

Von einem Viehmonopol würden nur Großagrarien profitieren

In der „Konsumgenossenschaft“ schreibt Gen. Swojze über die agrarische Forderung nach einem Viehmonopol an Stelle des jetzigen Viehsyndikates:

Was bezwecken die Agrarier mit dem Viehmonopol? Sie behaupten, daß das bisherige Viehsyndikat die ihm aufgelegten Aufgaben nicht erfüllt, somit nichts zur „Gesundung der Verhältnisse“ am Viehmarkt beitragen könne. Sowohl aus landwirtschaftlichen, als auch aus den Kreisen der Fleischer und Verbraucher wird ständig auf die Spekulation verwiesen, die die Preise nach oben oder nach unten treibt, wodurch sowohl der Produzent als auch der Verbraucher geschädigt wird. Dieser Spekulation zu begegnen, sei eine der Aufgaben des Monopols. Dazu sei bemerkt, daß im vergangenen Jahre die Spekulation — ganz besonders bei Rindvieh — auf der Seite der Produzenten, der große Viehzüchter im besonderen, zu spüren war.

Der Spekulation kann man auch ohne Viehmonopol begegnen, und eine gleichmäßige Beschickung der Märkte ist zu erzielen, indem man die Grenzen öffnet und die Zollfäße ermäßigt, wenn die Preise zu steigen beginnen.

Wir wünschen dem Produzenten keine so katastrophalen Preise, wie sie vor einigen Jahren als Folge der Dürre zu verzeichnen waren. Von diesen wirklich niedrigen Preisen hat auch der Verbraucher keine besonderen Vorteile gehabt. Auch für solche Fälle läßt sich mit Hilfe des bestehenden Viehsyndikates vorsehen. Das Viehmonopol möge doch endlich einmal die Futtermittelpreise herabsetzen, die hohen Monopolgebüren aufheben, damit die Notverkäufe der kleinen Viehzüchter (und nur um diese handelt es sich und) verhindert werden. Neßtdem kann auch das bestehende Syndikat Interventionskäufe machen, Fleischkonzerne erzeugen lassen und durch andere Maßnahmen Abhilfe schaffen, wenn die Viehproduktion der kleinen Landwirte ernstlich gefährdet erscheint.

Das Viehsyndikat hat, wie es in seinen Statuten heißt, die Aufgabe, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Interessen der Produzenten der Verbraucher. Das heißt wohl, daß in den Syndikatsitzungen verhandelt werden soll. Derartige Verhandlungen sind aber — es trifft dies zumindest für die letzten Monate zu — ausfallslos. Die agrarische Gruppe kommt mit ihrem Vorschlag und beharrt darauf unter Hinweis auf Aufträge, die sie von der Parteileitung bekommt. Die agrarische Gruppe erscheint in den Sitzungen mit gebundener Marschroute, treibt so passive Resistenz gegen jeden anderen Vorschlag. Gegen Justamentstandpunkte kann man mit sachlichen Argumenten nicht aufkommen.

Wollen die Agrarier durch ihr Verhalten das heutige Viehsyndikat als absurdum führen, wollen, es möge verschwinden und an dessen Stelle wieder die freie Einfuhr möglich gemacht werden.

Zweifellos aber zeigen die Vorgänge, daß es mehr als riskant wäre, den Agrariern ein Instrument in die Hand zu geben, das sie reflexlos zu Herren eines Wirtschaftsfaktors machen könnte, der Milliardenwerte umsetzt. Die Großagrarien haben gezeigt, daß sie es verstehen, ihre Marktposition auszunutzen, nicht zum Nutzen der kleinen Bauern, sondern nur zur ununterbrochenen Auffüllung ihrer eigenen Taschen und der Kassen ihrer großen Geschäftsunternahmen. Der Beweis für diese Behauptung ist leicht zu erbringen. Auf der einen

Schätzungen aus jüngster Zeit hat der Präsident der Anglo-Tranion Co., Cadman, im September 1935 in Washington festgelegt, daß bei gleichbleibender Jahresproduktion das Erdölvorkommen in etwa 20 Jahren erschöpft sein werde. Ähnliche Schätzungen vermittelte der amerikanische Oelstatistiker Garfias, nach dessen Berechnungen die heute bekannten Erdölquellen bei derzeitiger Jahresproduktion bereits in 13 Jahren verfliegen sein werden, obwohl er die Ausgiebigkeit der Oelquellen in den einzelnen Staaten auf zehn bis 16 Jahre schätzte. Einweitere Berechnung, die von der Gesellschaft „Moniteur du Pétrole Roumain“ vorgenommen wurde, bestätigt die Wichtigkeit der vorhergenannten Fristen.

Diese Gutachten qualifizierter Fachleute, die, voneinander unabhängig, ihren Forschungen nachlebten, bezeugen die Wichtigkeit des Problems, vor das Industrie und Wirtschaft in absehbarer Zeit gestellt sein werden, um Ersatzstoffe für die Erdölprodukte zu erschließen. Zwar ist das Problem laboratoriumsähnig bereits gelöst — die Rückkehr zum Kraft-, Licht- und wärme spendenden Urprodukt, der Kohle.

Die praktische Verwertung dieses Verfahrens ist jedoch noch in einem wirtschaftlich unvollkommenen Zustand und in dem Stadium veruckswießer Produktion. Den Weg in dieser Richtung zu beschleunigen, wird den Bergbau aus dem derzeitigen Krisenzustand herausführen und der Kohle wieder neue Verwendungsmöglichkeiten geben.

Diese Aufgabe zu vollbringen liegt in den Händen der Wirtschaftspolitik und ist mit ein Stück wirtschaftlicher Friedensarbeit, deren Ergebnis tausenden Bergarbeitern neue Existenzmöglichkeiten und der Volkswirtschaft eine unversehbare Quelle neuer Kräfte erschließen werde.

(Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.)

Seite die unheimlich anwachsenden großagrarischen Gründungen auf allen wirtschaftlichen Gebieten und deren unheimlich wachsender Reichtum, auf der anderen Seite die armen kleinen Bauern und Häusler, die trotz oder wegen der „Planwirtschaft“ der Großagrarien immer mehr verelenden.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in den Industriebezirken

Wichtige Saisoninflüsse durch die Industriebelegung vielfach ausgeglichen.

Brag. Nach dem Ausweis über die Zahl der nicht plazierten Arbeitssuchender für den Monat Jänner 1937 hat sich in Böhmen und auch in Mähren die Zahl der Bezirke, in denen die Zahl der Arbeitslosen nicht allein gegenüber Jänner, sondern auch gegenüber Dezember 1936 gesunken ist, vermehrt. Während im Dezember des Vorjahres solcher Bezirke mit günstigstem Verlauf der Arbeitslosigkeit in Böhmen nur sieben (davon sechs deutsche) und in Mähren-Schlesien nur einer waren, stieg deren Zahl im Jänner in Böhmen auf 22, in Mähren-Schlesien auf acht. In Böhmen befinden sich unter diesen Bezirken zwölf rein deutsche und nationalgemischte (Mäh., Dux, Komotau, Gablonz, Karlsbad, Graslitz, Elbogen, Brüx, Teplitz-Schönbau, Trautenau, Hohenelbe und Senftenberg). In Mähren-Schlesien handelt es sich durchwegs um Bezirke mit deutscher Bevölkerung (Freiwaldau, Jägerndorf, Mähr.-Trübau, Václav, Neutitschein, Nömerstadt, Sternberg und Hohenstadt). Das ist ein Beweis, daß die Zahl der überwiegend industriellen Bezirke zunimmt, in denen der Rückgang der Arbeitslosigkeit auch im Monate Jänner infolge der Saisoninflüsse nicht halt macht, in welchem die Ausweise über die Zahl der nichtplazierten Arbeitssuchender gewöhnlich eine starke Verschlechterung des Arbeitsmarktes verzeichnen.

In den Bezirken Böhmens mit mehr als 50 Prozent deutscher Einwohner betrug die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen

	1935/36	1936/37
Oktober	193.182	165.120
November	206.737	171.762
Dezember	224.669	183.182
Jänner	234.544	189.491

In den letzten Monaten ist also die Arbeitslosenziffer der Entwicklung im ganzen Staat entsprechend, ständig mehr unter die Ziffer des jeweils um ein Jahr zurückliegenden Monats gesunken. Die Differenz betrug im

Oktober 1936	28.062
November 1936	34.975
Dezember 1936	41.437
Jänner 1937	45.053

Trotz dieser günstigen Beilegung entfallen auf diese 41 Bezirke, in welchen ein Drittel der Bevölkerung Böhmens wohnt, noch immer 57,7 Prozent aller Arbeitslosen im Lande.

Die Entwicklung in den mährisch-schlesischen Bezirken mit deutscher Bevölkerungsmehrheit veranschaulicht folgende Tabelle:

	Dezember 1936	Jänner 1937	Jänner 1938
Bärn	1985	1908	2880
Freiwaldau	4668	4654	6956
Freudenthal	6885	6229	7085
Jägerndorf	6422	6357	8665
M.-Schönbau	6018	6376	9577
Mähr.-Trübau	5495	5362	6328
Nömerstadt	1978	2122	1639
Nömerstadt	2845	2478	4064
Sternberg	8680	8845	9822
Trnaim	4388	4960	4047



Freie Stadt Danzig

Sie werden verurteilt auf Grund der Danziger Verfassung, die die Freiheit der Presse, der Gedanken und das Koalitionsrecht gewährleistet.

Die „Gewerkschaftliche Rundschau“, das Organ der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes, widmet ihre Sondernummer vom 13. Feber einer großangelegten Uebersicht über die Rolle der industriellen Randgebiete in der Wirtschaft der Republik, über ihre Lage und die Aussichten der sudetendeutschen Industrien. Die „G. R.“ enthält einen einleitenden Artikel von F. Kehlwald, Situationsberichte aus den verschiedenen Randgebieten, bearbeitet von W. Weigel, von dem auch die wirtschaftliche Studie „Zwischen Krise und Industriebelegung“ stammt. Es folgen Berichte aus den einzelnen Industrien, und zwar: Kunststoffindustrie (F. Dinnebier), Bekleidungsindustrie (J. Schiller), Kohlenindustrie (E. Haase), Chemische Industrie (F. Dinnebier), Glas- und Keramikindustrie (G. Neumann), Holzindustrie, Lebens- und Genussmittelindustrie (H. Goldbach), Tabakfabriken (A. Paul), Eisens- und Metallindustrie (E. Kaufmann), Papierindustrie (F. Dinnebier) und Textilindustrie (F. Kehlwald). Diese Sondernummer der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ enthält aber auch eine Darstellung der jetzigen Lage unserer Arbeiterschaft und unserer Industrie, wie sie in solcher Ausführlichkeit und Reichhaltigkeit an Tatsachenberichten noch nicht gegeben wurde. Sie repräsentiert damit eine Arbeit von großem Wert und allgemeinem Interesse für die Arbeiterschaft und insbesondere für die Funktionäre aller Zweige der Arbeiterbewegung.

Bestehendes Auslandsinteresse für die Brager Frühjahrsmesse. Dem Brager Messeamt gehen in der letzten Zeit täglich zahlreiche Anmeldungen ausländischer Besucher für die kommende Frühjahrsmesse zu. Am stärksten ist das Interesse in England, den Nordstaaten, der Schweiz, Frankreich, Belgien und Holland. Außerdem haben wieder große Warenhäuser der USA, der Schweiz, Englands, Frankreichs den Besuch ihrer Einkäufer anvisiert. Aus Frankreich wird zur Messe eine große Gemeinschaftsreise eintreffen.

Ausland

Der neue deutsche Käsegesetz. (W) Wer die „Frankfurter Zeitung“ in ihren verlausulierten Formulierungen richtig zu lesen versteht, konnte in diesen Tagen einigen Skeptizismus in der Ernährungsfage herausziehen. Das Blatt befahte sich ausführlich mit der Fettliche und kam dabei zu folgenden Feststellungen, die wir alles Mantwerks entleiden und nunmehr ohne Vorwurf aufstehen: Von einer Steigerung der inländischen Erzeugung allein seien keine schnellen und voll durchgreifenden Wirkungen zu erwarten. Die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht werde gewiß mit unvermindertem Eifer fortgesetzt werden. Jedoch dürfe man von ihr keine Wunder erwarten, da man auf diesem Wege über eine unübersteigbare Grenze nicht hinwegkomme. Am Verhältniß zur Bevölkerungszahl sei der landwirtschaftlich nutzbare Boden zu knapp, als daß er alles herzugeben vermöchte, was man an pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen brauche. Naturgemäß müsse sich das Fehlen von eingeführtem Kraftfutter, wie Getreide, in den Erträgen der Milchfäße bemerkbar machen. Auch die Schranke der Futtermittelversorgung sei zu berücksichtigen, wenn man die Schweinemast zur Verstärkung der inländischen Fettgewinnung über ein bestimmtes Maß hinaus steigern wollte. Bei der Förderung des Anbaus von Ölpflanzen, Sojabohnen, Raps usw., komme es nicht allein auf die pflanzenzüchterischen Möglichkeiten an, sondern auch darauf, wie weit hierfür weder freizumachen seien, ohne bei anderen Erzeugnissen den Grad der Selbstversorgung zu verschlechtern. Deshalb dürfe man beim Anpflanzbau nicht über 120.000 bis 150.000 Hektar (1936: 54.000 Hektar) hinausgehen, wobei man vielleicht zu einem Mehrertrag von 70.000 Tonnen Oel gelange.

Südafrikanische Arbeiterpartei. Aus Johannesburg wird und geschrieben: Die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei Südafrikas bildet den Gegenstand von Beratungen der Arbeiterkreise und der Arbeitsunions der Ange-

Reichenberger Sparkasse

Gemeinde- und Bezirkssparkasse

Gegründet im Jahre 1854
Postsparkassen-Konto Prag Nr. 1323, 25085 und 33501
Fernsprecher Reichenberg 3941

Hauptanstalt: Reichenberg, Schloßgasse 9
Zweiganstalt: Reichenberg, Altstädter Pl. 2
Zweiganstalt: Reichenberg, „Am Kranich“
Hanichener Straße 12

Zweiganstalt: Georgswalde, Fernspr. Nr. 13
Postsparkassen-Konto Nr. 59120

Unbeschränkte Haftung der Stadtgemeinde und des Bezirkes Reichenberg

Prager Zeitung

Warum Chefredakteur Senator Vraný eine Zeugenschaft verweigerte

Prag —rb— Dieser Tage wurde nach kurzer Dauer die Verhandlung über eine Presseklage verurteilt, die der Abgeordnete der „Nationalen Vereinigung“ Karel Kuit gegen das Abendblatt des „Právo Lidu“ eingebracht hat. Es handelte sich um eine aus dem „Vestník“ zur Zeit der Wahlkampagne im Mai 1935 abgedruckte Notiz, in welcher angeführt wurde, daß dieser Kandidat des „Právo Lidu“ sich bei einer diesigen diplomatischen Auslandsvertretung um Zulassung von Geldmitteln für Zwecke seiner Partei bemüht habe. Diese Notiz des „Vestník“, dessen gegenwärtige publizistische Einstellung nur allbekannt ist, wurde vom „Právo Lidu“ wie auch in dessen Abendblatt abgedruckt. Abg. Kuit klagte, — nicht etwa den ursprünglichen Autor oder das agrarische Organ, in dem diese Notiz zuerst erschien, — sondern die beiden sozialdemokratischen Organe, die diese von Herrn Sen. Vraný lancierte Notiz nachgedruckt hatten. Einer dieser Prozesse ist vor einiger Zeit angesetzt worden, während der andere durchgeführt werden wird. Was den erwähnten Auspruch betrifft, so war er von einer überaus bemerkenswerten Episode begleitet. Als Zeuge war von der geklagten Seite u. a. der Chefredakteur des „Vestník“, Sen. Vraný, geführt worden. Herr Vraný war aber weit entfernt, die von ihm inaugurierte Notiz zu bedenken, sondern erklärte, sich der Aufgabe zu entschlagen, u. zw. unter Berufung auf jene Bestimmung der Strafprozessordnung, die den Rungen in solchen Fällen von der Pflicht zur Zeugenschaft entbindet, wenn diese Aussage gezwungen wäre, ihm zu persönlichen Unehren zu gereichen, einen beträchtlichen Schaden herbeizuführen, oder Anlaß zu einer Strafuntersuchung zu geben.

Der Dank des Deserteurs

Prag. —rb— Der beim 28. Inf.-Reg. dienende Otto Reich hatte sich im Jahre 1935 der Desertion schuldig gemacht und es dauerte länger als ein Jahr, ehe er dingfest gemacht und dem hiesigen Divisionsgericht zur Aburteilung überstellt wurde. Es zeigte sich, daß die Geliebte des Reich, die 19jährige Marie Klimeš, wesentlich dazu beigetragen hat, daß sich der Deserteur so lange Zeit in ihrer Wohnung, sondern besorgte ihm auch Zivilkleider, verschaffte ihm Geld und bemühte sich nach Kräften, die Spuren zu verwischen. Das Mädchen fand für ihre Ausopferung höchsten Dank, denn Otto Reich, der schließlich doch den Sicherheitsbehörden in die Arme lief, machte sich kein Gewissen daraus, seine Freundin in allen Einzelheiten zu demütigen. So wurde die Klimeš wegen Vorleistung bei Militärverbrechen nach dem Schulgesetz angeklagt. Vor dem Strafsenat betrat Otto Reich neuerlich seine Dankbarkeit gegenüber seiner Helferin dadurch, daß er sie in aller Seelenruhe Punkt für Punkt belästete. Die Angeklagte wurde, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, während der saubere Cavalier in seine Strafbahn zurückwanderte.

Kunst und Wissen

Arbeitervorstellung „Der Ruf“, Oper von Smetana, am Sonntag, den 21. Februar, um halb 8 Uhr. Karten ab Donnerstag täglich von halb 9 bis 2 und 4 bis 6 Uhr bei Dvřivřer Deutsch. Aoruna.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.

Sonntag halb 8: Firma, 6: Die Weitzertinger von Nürnberg, anlässlich des Todestages Richard Wagner, 1. — Montag, 6: Aida, Theatergemeinde der Jugend (2. Serie, grüne Karten) und freier Verkauf, Abonnement aufgehoben. — Dienstag halb 8: Das Nest, Gastspiel Tilla Durieux, Erstaufführung, 2. — Mittwoch halb 8: Der Ruf, 1. — Donnerstag halb 8: Gopša, 1. — Freitag halb 8: Die Jarenbrant, 1. — Samstag, 1/8: Todea, volkstümliche Vorstellung, Abonnement aufgehoben. — Sonntag halb 8: Der Ruf, halb 8: Das Nest, Gastspiel Tilla Durieux, 1.

Wochenplan der Kleinen Bühne.

Seite, Sonntag 8 Uhr: Unentschuldigte Stunde, 8 Uhr: Jean, Gastspiel Kramer-Glöckner. — Montag 8: Wie es Euch gefällt, Bankbeamte 1 und freier Verkauf. — Dienstag 8: Jean, Gastspiel Kramer-Glöckner. — Mittwoch halb 8: Wie es Euch gefällt, Bankbeamte 2 und freier Verkauf. — Donnerstag 8 Uhr: Matura. — Freitag 8: Wie es Euch gefällt, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag 8: Das Nest, Gastspiel Tilla Durieux. — Sonntag 8 Uhr: Der Illusionist, 8 Uhr: Wie es Euch gefällt.



Eleanor Powell
in dem Film „Bei den Strohwitwen“

Aus der Partei

RW-Prag

Donnerstag, den 18. Februar, Pflichtabend. Vortrag des Genossen Dr. Franzel.

Es haben alle RW-Genossen bestimmt zu erscheinen. Entschuldigungen werden nur bei wirklich ersten Gründen anerkannt.

Der Film

Drei seltsame Mädel

ist der Titel eines Hollywood-Films, in dem die angeblich vierzehnjährige (aber sicherlich wirklich nicht viel ältere) Deanna Durbin, die im Rundfunk bekannt wurde, zum ersten Male auf der Leinwand erscheint. Mit einer wahren Nachtigallen-Stimme und mit lieblichen Lächeln singt sie anspruchslos Lieder auf kindliche, aber musikalisch reife Art — Darbietungen, die man nicht hinreichend, aber „hoß“ nennen könnte, wenn dieses altmodische Wort heute noch erlaubt wäre. Die Handlung des Films ist selbstverständlich ein einziger Kitzel, eine Puffschokolade von drei Töchtern, die den Vater vor einer unglücklichen zweiten Ehe bewahren, ihm die Mama zurückgeben und sich selbst dabei größtenteils verloben. Der Regisseur Henry Koster (der vor kurzem noch Hermann Kosterlitz hieß und in Budapest wirkte, weshalb er sich nun in Hollywood über die Ungarn lustig gemacht hat) ist ein Mann, der sich nicht geniert. Er hat alle neckischen Scherze und simplen Mährungen präsentiert, die zu einer solchen Geschichte gehören. Neben der kleinen Durbin (die auch nettes Schauspielertalent zeigt) trägt vor allem Charles Wininger, der schon vom „Komödiantenschiff“ als gefühlvoll und heiter bekannte Vaterdarsteller, zum Erfolge bei.

Das Eigenmerkmal. Da die Spielweise des amerikanischen Komikerpaars Laurel und Hardy sich nicht ändert, kann sich auch das Urteil über sie nicht ändern. Wenn das plumpe, pfliffig-süßelbafte Zusammen-

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien

Direktion für die CSR in Prag Generalagentenschaft Reichenberg

empfiehlt sich zum Abschluß von 3907

Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Auto-, Transport-, Glas-, Maschinenbruch-, Zeitkarten-, Reisegepäck- und Wetter-Versicherungen zu kulantesten Preisen

Bargarantiemittel in der CSR 63 Millionen

Büros: Prag, Národní tř. 17, Reichenberg, Schützengasse 21, Brünn, Theatergasse 6

sammenspiel der beiden Spahmacher nur als artistischer Akt erscheint, der wird sie in gelegentlichen Kurzfilmen lieber sehen als in einer solchen abendfüllenden „komischen Oper“, die — ähnlich wie ihr „Fra Diavolo“ — weniger eine Parodie als eine Aufführung mit Clown-Einlagen ist. Daß dabei wieder eine ganze Reihe verblüffend unsinniger Grottesk-Szenen ist, übertrifft ebensowenig wie die Tatsache, daß die Szenen ohne Laurel und Hardy nur als Verlängerung und nicht als Genuß wirken. — eis —

Vereinsnachrichten

Der Deutsche Landeshilfsverein für Lungerkrankte in Böhmen

hält am 21. Februar um 10 Uhr vormittags in Prag II, Deutsches Haus, Graben 26, 4. Stod, Probenaal, die 27. ordentliche Generalversammlung ab.

Masken- und Kostüm-Ball des Allgemeinen Angestellten-Verbandes

am Samstag, den 27. Februar, im Heine-Saal, Prag II, Křovova tř. Eintritt Kč 10.—, Kapelle Vapert. — Reklamationen E. Strnad, Prag II, Růžnerova nám. 4.

Der 17. Maskenball der „Union der Geschäftstreibenden“

unter der Devise: „Eine Nacht in der Hölle“ findet am 27. Februar d. J. im Libošův dům, Šiberská 7, statt. Reklamationen im Sekretariat, Prag II, Na Hvotenci 18. Tel. 47841—3. 3908

GEDENKET

bei allen Anlässen
der Arbeiterfürsorge!

Mitteilungen der „Urania“

„Unvergessliche Filme“: „Liedeskommando“ mit Dolly Haas. Montag 1/8, 1/9 Uhr.

Univ.-Prof. Dr. Matuz: „Berührung und menschliche Gesellschaft“. Dienstag 8 Uhr. Karten Urania.

Vorlesung Fred. Der bekannte Neuklassiker liest eigene Humoresken, Grotesken und Satiren. Donnerstag 8 Uhr. Karten Urania, Weibler, Andrej, Doj, Dr. Vumba über „Schwerhörigkeit und ihre Behandlung“. Freitag 8 Uhr. Karten Urania.

Urania-Kino

Leopoldi — Wliffaja heute noch einmal mit lustigem neuem Programm, dazu die lustige Gans-Prämiere „Polenblut“. Heute 8, 6, 1/9 Uhr. Ohne Leopoldi heute 2 Uhr und Dienstag bis Donnerstag 1/8, 1/9 Uhr.

Sozialversicherungs-Briefkasten

In dieser regelmäßig am Sonntag erscheinenden Rubrik werden Anfragen unserer Leser über Sozialversicherungs-, Kranken-, Alters-, Invaliditäts-, Unfall- und Pensionsversicherungsangelegenheiten beantwortet.

Altersrente B. R.:

Da Sie bis zur Erreichung des 65. Lebensjahres nicht die Wartezeit erworben haben, können Sie weder die Alters- noch die Invaliditätsrente erlangen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Versicherungsobergerichtes ist die Erreichung des 65. Lebensjahres der Versicherungsfall, falls der Altersrente; gemäß § 107 SGB. muß eine Wartezeit vor Eintritt des Versicherungsfalles erworben sein.

Was die Versicherung nach dem 65. Lebensjahr betrifft, gilt folgendes: Das Sozialversicherungsgesetz enthält keine Bestimmung, nach welcher Personen über 65 Jahre, welche die Wartezeit bis zum Versicherungsfall nicht erworben haben, von der Versicherungsspflicht für den Fall der Invalidität und des Alters ausgenommen wären. Die Zentral-sozialversicherungsanstalt hat aber, in Anbetracht dessen, daß diese Personen aus der Weiterversicherung nach dem 65. Lebensjahr keinerlei Ansprüche erwirken können, ihre Zustimmung dazu erteilt, daß diese Personen vom Tage der Erreichung des 65. Lebensjahres nicht mehr der Invaliditäts- und Altersversicherung unterworfen werden, bzw. daß eine nach diesem Tage bereits durchgeführte Versicherung rückgängig gemacht wird und die Beiträge rückerstattet werden. Dies erfolgt jedoch nicht von Amts wegen, sondern nur auf Ansuchen des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers.

Sie können also bei der Krankenversicherung, anstatt einen solchen Antrag stellen (Mündlich bei der ZSWA, Nr. 680, veröffentlicht in den Mitteilungen der ZSWA, Nr. 8, Jg. 1936).

J. G. Bránn: Ihr Ansuchen um eine Witwenrente und die Waisenrente für Ihre 5 Kinder wäre nicht aussichtslos. Ihr Gatte ist zwar nach Ablauf der Schutzfrist gestorben, doch läßt es seine Krankheit nicht ausgeschlossen erscheinen, daß er bereits in der Schutzfrist invalid war. Nach der Rechtsprechung des Versicherungsobergerichtes besteht Anspruch auf Hinterbliebenenleistungen, wenn der Verstorbene die Wartezeit erreicht hat und noch innerhalb der Schutzfrist invalid geworden ist. Der Anspruch ist jedoch nicht schon deshalb ausgeschlossen, weil der Verstorbene nicht um die Invaliditätsrente angefragt hat und erst außerhalb der Schutzfrist gestorben ist.

Wir empfehlen Ihnen daher, sobald bei der Krankenversicherungsanstalt, bei welcher Ihr Gatte zuletzt versichert war, das Ansuchen um Witwen- und Waisenrenten einzubringen.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

- Adria: „Menschen auf der Eisbühne“ (Tsch.).
- Alfa: „Membrandi“ (Engl. — Charles Laughton).
- Apollo: „Seine Tochter ist der Peter“ (D.).
- Avion: „Das Negermädchen“ (A. — Laurel und Hardy). — Beránek: „Ein Kamel geht durch ein Nadelöhr“ (Tsch. — S. Haas). — Fenix: „Der große Bill“ (A. — Garry Cooper, J. Arthur).
- Flora: „Alfahs Garten“ (A. — M. Dietrich).
- Hollywood: „Menschen auf der Eisbühne“ (Tsch. — Vaarová). — Hviezda: „Der Mann mit den hundert Gesichtern“ (A.). — Juleš: „Die Liebe des Hialekutfischers Ferdinand.“ (D.). — Kova: „Das Negermädchen“ (A. — Laurel und Hardy). — Lucerna: „Der große Bill“ (A. — Garry Cooper, J. Arthur).
- Metra: „Drei seltsame Mädel“ (A. — D. Durbin). — Passage: „Das Schloß in Flandern“ (D. — Regie: Volbach). — Praha: „Der Stürmer“ (A.). — Rabla: „Port Arthur“ (D.). — Slavik: „Der Stürmer“ (A.). — Seltosor: „Das Schloß in Flandern“ (D. — Eggerich). — Almas: „Alfahs Garten“ (A. — Dietrich). — Saffal: „Ein Kamel geht durch ein Nadelöhr“ (Tsch. — Haas). — Pel: „Wedere: „Romeo und Julie“ (A. — R. Shearer, V. Howard). — Veselá: „Ein Kamel geht durch ein Nadelöhr“ (Tsch. — Haas). — Carlton: „Port Arthur“ (D.). — Jankon: „Port Arthur“ (A.). — Konvikt: „Port Arthur“ (D.). — Libo II: „Eine Nacht in der Oper“ (A. — Max Broders). — Louvre: „Ein Kamel geht durch ein Nadelöhr“ (Tsch. — Haas). — Olympia: „Ein Kamel geht durch ein Nadelöhr“ (Tsch. — Haas). — U Vejvodu: „Die lustige Witwe“ (A. — J. Macdonald). — Valbet: „Port Arthur“ (D.). — Veletrh: „Port Arthur“ (D.).

Bücher der Zeit

- Bernhardt Menne: Krupp, Deutschlands Kanonenkönige, gebunden Kč 60.—
 - Segeth-Deberer: Todesstrafen und andere neue Kriegswaffen, gebunden Kč 45.—
 - Singer-Burger: Carl v. Ossleby, brosch. Kč 28.25
- Zu beziehen durch die Zentralkasse für das Bildungswesen, Prag XII., Veletrh 13.



Eine Treppe mit 1000 Stufen

Wohlf die längste Treppe der Welt ist am Dal-Große-Straßwerk bei Portland im nordamerikanischen Staate Oregon gebaut worden. Sie ist über 200 Meter hoch und hat 948 Stufen, 248 mehr als die berühmte Jakobskleiter auf der Insel St. Helena.

Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährlich Kč 86.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einfindung der Retourmarken. — Die Zeitungsfraustrafe wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 18.800/VIII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck, Verlags- und Zeitungs-A.-G. Prag.